

DISKUSSIONSPAPIERE

DISCUSSION PAPERS

Entwicklungshemmnisse im afrikanischen Agrarsektor: Erklärungsansätze und empirische Ergebnisse

Manfred Zeller, Julia Johannsen

2004

No. 38



**Institut für Rurale Entwicklung
Universität Göttingen**

Institute of Rural Development
University of Goettingen

D 37073 Göttingen - Waldweg 26

**Entwicklungshemmnisse im afrikanischen Agrarsektor:
Erklärungsansätze und empirische Ergebnisse**

Manfred Zeller und Julia Johannsen¹

Vortrag im 7. Entwicklungspolitisches Seminar des Vereins für
Entwicklungsökonomische Forschung
21.-24. Januar in Weimar

¹ Professur für Sozialökonomie der ruralen Entwicklung, Institut für Rurale Entwicklung der Universität Göttingen, Waldweg 26, D-37073 Göttingen Tel.: 0551-393902, Fax: 0551-393076, Web: <http://www.gwdg.de/~uare> Email: jjohann@gwdg.de und m.zeller@agr.uni-goettingen.de

Inhalt

1	EINLEITUNG.....	3
2	SYMPTOME VON ENTWICKLUNGSHEMMNISSEN IM AGRARSEKTOR IN AFRIKA – EIN RÜCKBLICK.....	4
2.1	ROLLE DES AGRARSEKTORS FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND ARMUTSBEKÄMPFUNG.....	4
2.2	SYMPTOME DER ENTWICKLUNGSDEFIZITE IM AGRARSEKTOR SÜDLICH DER SAHARA.....	6
2.2.1	<i>Agrarproduktion und sinkende Flächenproduktivität.....</i>	<i>6</i>
2.2.2	<i>Keine Verbesserung hinsichtlich Ernährungssicherheit.....</i>	<i>8</i>
2.2.3	<i>Steigende Nahrungsmittelimporte und -hilfe für Afrika.....</i>	<i>9</i>
2.2.4	<i>Wachsende (absolute) Armut und Ungleichheit.....</i>	<i>11</i>
2.2.5	<i>Umweltprobleme der Land- und Forstwirtschaft.....</i>	<i>13</i>
3	ERKLÄRUNGSANSÄTZE UND EMPIRISCHE ERGEBNISSE ZU ENTWICKLUNGSHEMMNISSEN DES AGRARSEKTORS... 	13
3.1	HYPOTHESE 1: IN AFRIKA SIND NATURRÄUMLICHE UND SOZIOÖKONOMISCHE STANDORTFAKTOREN UNGÜNSTIGER ALS IN ANDEREN REGIONEN	13
3.2	HYPOTHESE 2: IN DIE AGRARFORSCHUNG UND –BERATUNG WURDE IN DEN AFRIKANISCHEN LÄNDERN ÜBER JAHRZEHNTE UNTERINVESTIERT	19
3.3	HYPOTHESE 3: PREISKORREKTUR DURCH STRUKTURANPASSUNGSPROGRAMME IST EINE NOTWENDIGE, ABER KEINE HINREICHENDE BEDINGUNG FÜR AGRAR- UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG	23
3.4	HYPOTHESE 4: DIE VERNACHLÄSSIGUNG DES AGRARSEKTORS DURCH DIE AFRIKANISCHEN REGIERUNGEN HÄLT AN UND WIRD VOM PROTEKTIONISMUS DER OECD-LÄNDER NOCH VERSTÄRKT	31
3.5	HYPOTHESE 5: POOR GOVERNANCE UND SINKENDE ENTWICKLUNGSHILFE FÜR DEN AGRARSEKTOR ALS GRUND FÜR UNZUREICHENDE (AGRAR-) ENTWICKLUNG?.....	35
4	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK.....	38
5	LITERATUR	41
6	ANHANG.....	47

1 Einleitung

Die Region südlich der Sahara steht wie keine andere im Zentrum der internationalen entwicklungspolitischen Aufmerksamkeit, so dass Afrika in jüngerer Zeit gar als ‚**hopeless continent**‘ bezeichnet wird (ECONOMIST, MAI 2000). Dies ist Ausdruck eines wachsenden Entwicklungspessimismus, der sich insbesondere auf die Länder südlich der Sahara bezieht. Obwohl für Asien in den 60er Jahren - vor Beginn der Grünen Revolution - große Hungersnöte vorausgesagt wurden, war die gesamtwirtschaftliche, agrarsektorale und soziale Entwicklung in den asiatischen Ländern im Rückblick der letzten 40 Jahre wesentlich erfolgreicher als in den Ländern südlich der Sahara. Insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten zeichnet Afrika vergleichsweise kaum Entwicklungsfortschritte auf. Während nicht nur die absolute sondern auch die relative Armut in den meisten asiatischen Ländern sank, stieg in Afrika südlich der Sahara die Zahl der Armen absolut und auch relativ, d.h. als Prozentsatz der Bevölkerung.

Die Mehrzahl der Armen in unserer Welt lebt im ländlichen Raum, und ein Großteil von ihnen ist direkt oder indirekt vom landwirtschaftlichen Sektor und seinen vor- und nachgelagerten Bereichen für den Einkommenserwerb abhängig. Daher nimmt die agrarsektorale Entwicklung im Hinblick auf das Oberziel der Armutsreduzierung (und damit der Millennium Development Goals) eine besondere strategische Bedeutung ein.

Dieser Beitrag betrachtet die **agrarsektorale Entwicklung** in Afrika südlich der Sahara². Er beginnt im zweiten Kapitel mit einer rückblickenden Bestandsaufnahme von Symptomen zunehmender Entwicklungshemmnisse. Der dritte Teil des Beitrages widmet sich der Untersuchung einer Reihe von Hypothesen, die versuchen, wesentliche Bestimmungsfaktoren der unzureichenden Entwicklung des Agrarsektors in den Ländern Afrikas südlich der Sahara zu benennen und zu erklären. Dem gegenüber stehen einige Positivbeispiele, die dem unproduktiven und inhumanen Entwicklungspessimismus widersprechen. Wir schließen mit einem Ausblick, der ein besonderes Augenmerk auf die aktuellen Diskussionen über die NEPAD-Initiative (New Partnership for Africa's Development) und die Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) legt und für eine Strategie der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung plädiert, welche primär im kleinbäuerlichen Sektor ansetzt.

² Dieser Beitrag bezieht sich ausschließlich auf die Länder südlich der Sahara. Im folgenden ist daher mit dem Begriff Afrika nur diese Untergruppe afrikanischer Länder gemeint.

2 Symptome von Entwicklungshemmnissen im Agrarsektor in Afrika – ein Rückblick

2.1 Rolle des Agrarsektors für die wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung

Bevor auf die Entwicklungshemmnisse des Agrarsektors und deren Erklärung eingegangen wird, erscheint es sinnvoll, zunächst einmal die Rolle des Agrarsektors für die wirtschaftliche Entwicklung und die Armutsbekämpfung zu verdeutlichen. In Afrika ist die Mehrzahl der Armen direkt oder indirekt vom landwirtschaftlichen Sektor und seinen vor- und nachgelagerten Bereichen im Einkommenserwerb abhängig³. Daher nimmt die agrarsektorale Entwicklung eine strategische Bedeutung ein.

Dies gilt sowohl nicht nur für die Produktion, sondern auch für den Konsum. Als Produzenten erwirtschaften 70% der Afrikaner einen wesentlichen Anteil ihres Einkommens aus der Pflanzen- und Tierproduktion, und unter den absolut Armen sind es sogar 90% (WORLD BANK, 2000). Als Konsumenten sind Afrikaner sowohl im ländlichen Raum als auch in den Städten von der Effizienz des **Agrarsektors als Quelle preisgünstiger Nahrungsmittel** abhängig. Die Produktivität der landwirtschaftlichen Betriebe sowie die Produktions- und Vermarktungskosten sind wesentliche Bestimmungsgründe für die Preise von Cassava, Mais, Sorghum, Hirse und anderen Grundnahrungsmitteln, die bis zu 70% der Gesamtausgaben armer Haushalte ausmachen (SAHN ET AL., 1997). Die durch Produktivitätsfortschritte möglichen Preissenkungen im Nahrungsmittelsektor sind direkt auch armutsmindernd.

Neben dem Produktions- und Ernährungssicherungsbeitrag leistet der Agrarsektor noch eine Reihe weiterer Beiträge – insbesondere für die Entwicklung des der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Agrarsektors sowie die Außenhandels- und Zahlungsbilanz (VON URFF, 1982). Diese Beiträge des Agrarsektors zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind gerade in den relativ wenig entwickelten Ländern Afrikas von großer Bedeutung und werden in der entwicklungstheoretischen Literatur bereits seit längerem erforscht.⁴

Zum einen ist **agrarsektorales Wachstum in hohem Maße sozialverträglich**⁵. So ermittelt TIMMER (1997, zitiert in BYERLEE & ALEX, 2003) auf Basis einer Studie von 35 Ländern, dass ein 1%iges Wachstum des agrarsektoralen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt zu einem 1,6%igen Anstieg der Einkommen des ärmsten Bevölkerungsfünftels führt. IRZ ET AL. (2001) schätzen, dass ein 10%iger Anstieg der Erträge im Pflanzenbau je nach Bedeutung des Agrarsektors für die Beschäftigung der Armen zu einer 6-10%igen Senkung der Zahl der absolut Armen führt. Für Afrika liegt

³ Vorausgesetzt dass – wie das für Afrika im Gegensatz zu Lateinamerika der Fall ist, die Verteilung des Bodeneigentums relativ egalitär ist und ein hoher Anteil der Armen im Agrarsektor beschäftigt ist. Südlich der Sahara leben über 389 Mio Menschen (64% der Gesamtbevölkerung) direkt von der Landwirtschaft (inkl. Jagd, Fischerei und Forstwirtschaft), was nur die direkt in diesem Sektor Beschäftigten sowie deren nicht arbeitenden Familienangehörige umfasst (nach Zahlen für 2000 von FAO STAT, 2003). Agrarsektorales Wachstum kann auch umweltverträglich sein, wenn es gelingt, durch Einsatz moderner Technologien und Managementsystem (inklusive organischem Landbau) nachhaltig zu wirtschaften.

⁴ Siehe etwa JOHNSTON & MELLOR (1961), die Studien zu Multiplikatoreffekten des Agrarsektors (siehe hierzu HAZELL & HADDAD, 2001), und die international vergleichenden Studien von HAYAMI & RUTTAN (1985).

⁵ Vorausgesetzt daß –wie das für Afrika im Gegensatz zu Lateinamerika der Fall ist- die Verteilung des Bodeneigentums relativ egalitär ist und ein hoher Anteil der Armen im Agrarsektor beschäftigt sind. Die Förderung des Agrarsektors in Lateinamerika bedarf daher auch einer sehr viel zielgruppenspezifischeren Strategie als dies für Afrika der Fall ist (vgl. hierzu auch BYERLEE & ALEX, 2003).

das entsprechende Ergebnis bei 9%. Wenngleich THIRTLE ET AL (2002, zitiert in BYERLEE & ALEX, 2003) den entsprechenden Wert für Afrika – allerdings auch begrenzt auf die Länder südlich der Sahara - mit 7,2% etwas geringer angeben (Tabelle 1), so wird doch der starke Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher Produktivitätssteigerung und Armutsreduzierung deutlich. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, gilt dies insbesondere für Sub-Sahara-Afrika und Asien, denn in Lateinamerika liegen die Kosten für eine Person, die über die Armutsgrenze von 1 Dollar je Tag gehoben wird, nahezu 100mal höher. Dies lässt sich sowohl mit dem geringen Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt als auch den extrem ungleichen Agrarstrukturen in Lateinamerika erklären, sodass Gewinne aus Produktivitätssteigerungen vor allem von kommerziellen Großbetrieben abgeschöpft werden (BYERLEE & ALEX, 2003).

Tabelle 1: Effekt einer 1%igen pflanzenbaulichen Ertragssteigerung auf die Anzahl der Armen (bezogen auf Einkommensarmut unter 1 US \$/ Tag)

Ertrag (t/ ha)	Anteil Armer (%)	Anzahl Armer (Mio)	Elastizität Anzahl Arme / Ertragssteigerg.	Kosten je aus Armut gehobener Person
Ostasien	15	278	0,48	179 \$
Südasien	40	522	0,48	179 \$
Sub-Sahara-Afrika	46	291	0,72	144 \$
Lateinamerika	16	78	0,10	11.397 \$

Quelle: verändert nach THIRTLE ET AL (2002, zitiert in BYERLEE & ALEX, 2003, S. 5)

Investition in **Agrarforschung und -beratung** ist also vor allem in Afrika und Asien eine im Hinblick auf Wachstum, Armutsreduzierung und Umwelt⁶ notwendige und damit volkswirtschaftlich höchst rentable Maßnahme. In diesen Zusammenhang passen Modellschätzungen von EVENSON & GOLLEN (2002), dass die Preise für Weizen um 34% und für Reis um 41% zwischen 1970 und 1995 gestiegen wären, wenn keine internationale Agrarforschung durch das CGIAR-System durchgeführt worden wäre. Die entwicklungspolitische Praxis hat die Rolle des Agrarsektors für Wachstum, Armutsreduzierung und zunehmend auch für die Umwelt und den Erhalt natürlicher Ressourcen erkannt. Allerdings scheinen Regierungen und Geberinstitutionen trotz aller Strategiepapiere für Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt relativ gesehen immer weniger Kapital und Personal in den Agrarsektor zu investieren.

In den wenig entwickelten Volkswirtschaften Afrikas südlich der Sahara ist eine wirksame Armutsreduzierungspolitik ohne massives landwirtschaftliches Wachstum nicht denkbar. Vor diesem Hintergrund liegt es daher nahe, die Entwicklungshemmnisse des afrikanischen Agrarsektors näher zu untersuchen.

⁶ Siehe weiter unten zum Beitrag von technischem Fortschritt im Agrarsektor zur Lösung von Umweltproblemen.

2.2 Symptome der Entwicklungsdefizite im Agrarsektor südlich der Sahara

Die weitgehende Stagnation der Entwicklung im afrikanischen Agrarsektor äußert sich in vielfältiger Art und Weise. Symptome mangelnder und unzureichender Entwicklung sind nicht nur im landwirtschaftlichen Produktionssektor (z.B. in Form von geringer Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und des Bodens, negativer Handelsbilanzen im Nahrungsmittelsektor, Degradation der durch die Landwirtschaft genutzten natürlichen Ressourcen) zu finden. Sie betreffen zudem das Humankapital der ländlichen Bevölkerung (Ausbildung, Ernährung, Gesundheit), die ländliche Infrastruktur, Institutionen und Märkte sowie den (institutionell bedingten) Zugang der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung zu Information, Technologie, Kapital und (politischer) Einflussnahme und Macht.

Im Bewusstsein der teilweise sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den verschiedenen Regionen und Ländern südlich der Sahara soll versucht werden, auf die allgemeinen Tendenzen im Agrar- und Ernährungssektor in Afrika einzugehen.

2.2.1 Agrarproduktion und sinkende Flächenproduktivität

In der pflanzlichen Agrarproduktion weisen die afrikanischen Länder ein vergleichsweise hohes jährliches Produktionswachstum auf, das mit durchschnittlich 3,3% pro Jahr in den achtziger und neunziger Jahren nur von Ostasien übertroffen wurde, während der weltweite Durchschnitt bei ca. 2% lag. Auf die Getreideproduktion beschränkt, sind die Wachstumsraten ähnlich hoch und beinhalteten zwischen 1964/66 und 1997/99 einen Produktionsanstieg von 32 auf 71 Mio t.

Diese zunächst positiv erscheinende Situation wird jedoch durch die **niedrige absolute Flächenproduktivität** und die Gegenüberstellung von Produktion und Nachfrage nach Nahrungsmitteln stark relativiert. Im regionalen Vergleich fallen besonders die in den letzten 20 Jahren stagnierenden Getreideerträge gegenüber der positiven Ertragsentwicklung in den asiatischen Entwicklungsländern auf (Tabelle 2).

Tabelle 2: Flächenproduktivität von Getreide in verschiedenen Entwicklungsregionen, in Fünfjahresdurchschnitten 1973-2002 (in t/ha)

Ertrag (t/ha)	1973-77	1978-82	1983-87	1988-92	1993-97	1998-2002
Afrika	0,81	1,27	1,08	1,17	1,20	1,24
Sub-Sahara-Afrika	0,69	1,07	0,95	0,97	0,96	0,99
Entwicklungsländer Asien	1,40	2,29	2,48	2,75	3,04	3,25
Entwicklungsländer gesamt	1,30	2,10	2,21	2,40	2,62	2,79

Quelle: berechnet nach Daten von FAO-STAT (2003)

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich, steigt in Afrika – im wesentlichen aufgrund des Bevölkerungswachstums und veränderter Nahrungskonsumgewohnheiten insbesondere in den Städten– die Nachfrage nach Getreide jährlich stärker an als die landwirtschaftliche Produktion. Dies führt zu einem **zunehmend schlechteren Selbstversorgungsgrad**, der von der FAO in 2030 für die afrikanischen Länder südlich des Sahels auf nur noch 80%, in Nordafrika/ Nahost auf gar nur 54% geschätzt wird (FAO, 2003a).

Tabelle 3: Getreidebilanz in Sub-Sahara-Afrika (Weizen, Reis, Grobgetreide) von 1964/66 - 2030

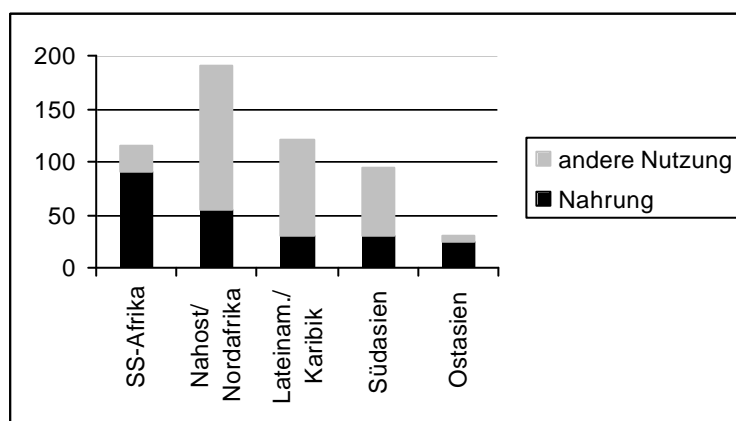
	Produktion (Mio t)	SVG*	Wachstum (% pro Jahr)			
				Nachfrage	Produktion	Bevölkerung
1964/66	32	97	1969-99	3,1	2,6	2,9
1974/76	40	94	1979-99	3,4	3,4	2,9
1984/86	48	85	1989-99	3,1	2,7	2,7
1997/99	71	82	1997/99-2015	2,9	2,8	2,6
2015	114	82	2015-2030	2,7	2,6	2,2
2030	168	81	1997/99-2030	2,8	2,7	2,4

* SVG = Selbstversorgungsgrad (Produktion/ Nachfrage (in %))

Quelle: verändert nach FAO (2003A, S. 68)

In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung zwischen **direkter und indirekter Getreidenutzung** von Bedeutung. Denn während weltweit ca. drei Fünftel und in Nordafrika/ Nahost immerhin ca. zwei Drittel des Grobgetreides (ohne Weizen und Reis) zur Tierfütterung genutzt werden, verbrauchen die Entwicklungsländer südlich der Sahara im Zuge ihrer Probleme in der Ernährungssicherung ca. 80% ihres Grobgetreides für die direkte Nahrungsmittelnutzung (Abbildung 1).

Abbildung 1: Verwendung von Grobgetreide als Nahrungsmittel 1997/99 (in kg/ Person/ Jahr)



Quelle: verändert nach FAO (2003A, S. 69)

2.2.2 Keine Verbesserung hinsichtlich Ernährungssicherheit

In ihrer jüngsten Einschätzung zur Situation und Perspektive der weltweiten Landwirtschaft zeigt die FAO signifikante Fortschritte hinsichtlich der durchschnittlichen Nahrungsmittelverfügbarkeit auf. Sie ist in den Entwicklungsländern von 2054 Kcal pro Person und Tag in den sechziger Jahren auf 2681 zum Ende der neunziger Jahre angestiegen (Tabelle 4).

Tabelle 4: Nahrungsmittelverfügbarkeit pro Kopf in den letzten Jahrzehnten (in Kcal/ Person/ Tag)

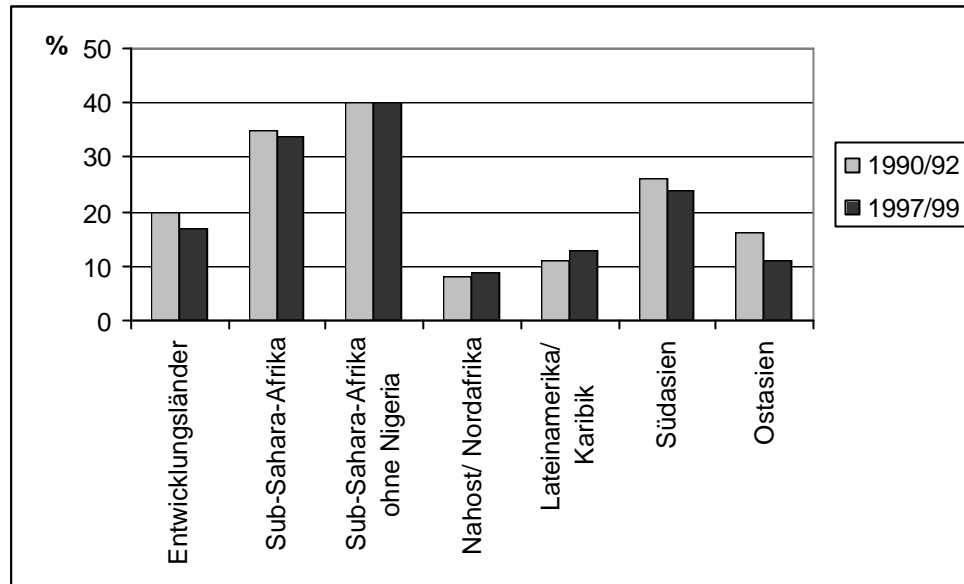
	Täglicher Pro-Kopf-Verbrauch von Kcal			
	1964/66	1974/76	1984/86	1997/99
Welt	2358	2435	2655	2803
Industrieländer	2947	3065	3206	3380
Schwellenländer	3222	3385	3379	2906
Entwicklungsländer	2054	2152	2450	2681
Sub-Sahara-Afrika	2058	2079	2057	2195
Nahost/ Nordafrika	2290	2591	2953	3006
Lateinamerika/ Karibik	2393	2546	2689	2824
Südasien	2017	1986	2205	2403
Ostasien	1957	2105	2559	2921

Quelle: verändert nach FAO (2003A, S. 30).

Jedoch nahmen insbesondere die Länder südlich der Sahara einen äußerst geringen Anteil an dieser positiven Entwicklung. Für den Zeitraum 1997/ 99 waren 22 afrikanische Länder unter jenen 30 Ländern vertreten, deren durchschnittliche Verfügbarkeit unter 2200 Kcal pro Person und Tag lag. Einige unter ihnen wie Somalia, Burundi, Äthiopien/ Eritrea und Niger haben auch mit Blick auf die Fünfjahres-durchschnitte der letzten vierzig Jahre die 2200 Kcal-Mindestgrenze nie erreichen können. Anders verhält es sich in Ländern wie Liberia, Madagaskar und der Zentralafrikanischen Republik, die von einem mittleren täglichen Pro-Kopf-Kalorienverbrauch von über 2400 Kcal dramatische Rückgänge auf bis unter 2000 Kcal erlitten - oft im Zuge von Bürgerkriegen oder politischen Unruhen. Positive Ausnahmen bilden u.a. Ghana, Benin, Togo und Gambia, in denen signifikante Verbesserungen der Ernährungslage in den letzten Jahrzehnten erzielt werden konnten (FAO, 2003A). Im Zusammenhang mit dem durchschnittlich positiven landwirtschaftlichen Produktionswachstum der letzten Jahrzehnte erscheint eine **Erhöhung der Ernährungssicherheit durch regionalen Handel** zwischen Überschuss- und Defizitregionen ein gewisses Potential (FAO/ GIEWS, 2003; KÖSTER, 1986).

Des weiteren sagt die durchschnittliche Nahrungsmittelverfügbarkeit nichts aus über die tatsächliche Ernährungssituation ärmerer Bevölkerungsschichten, da die im Prinzip verfügbaren Kalorien oft in die tierische Veredelung eingehen, und dann nur den reicheren Bevölkerungsschichten zur Verfügung stehen. Abbildung 2 zeigt, das Süd- und insbesondere Ostasien Fortschritte in der Reduktion des Prozentsatzes der unterernährten Bevölkerung, während die Entwicklung in Afrika stagniert.

Abbildung 2: Anteil der unterernährten Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in den verschiedenen Entwicklungsregionen (in %)

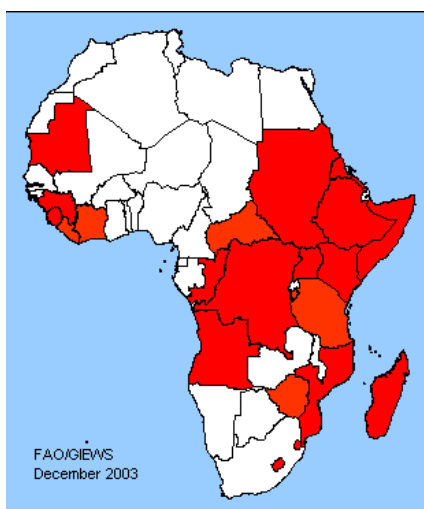


Quelle: erstellt nach Daten der FAO (2003A, S. 33).

2.2.3 Steigende Nahrungsmittelimporte und -hilfe für Afrika

Ende 2003 sind 23 Länder Afrikas akut von Nahrungsmittelengpässen betroffen (Abbildung 3). Insgesamt bleibt die Region südlich der Sahara das am stärksten von Hungersnöten bedrohte Gebiet der Erde. In einer Presserklärung vom 13. Oktober 2003 des Welternährungsprogramms der UNO ist von 2003 als dem Jahr des größten weltweiten Bedarfs an Nahrungsmittelhilfe in den letzten vierzig Jahren die Rede. Neben Haiti und Nordkorea sind vor allem viele von Krieg, Dürre und HIV/ Aids betroffene Länder Afrikas südlich der Sahara Adressaten der internationalen Hilfsprogramme (WFP, 2003).

Abbildung 3: Von akutem Nahrungsmittelnotstand betroffene Länder Afrikas (im Dezember 2003)



Quelle: FAO/ GIEWS (2003)

Bedingt wird die prekäre Situation vieler Länder durch das oben beschriebene starke **Wachstum in der Nachfrage** nach Nahrungsmitteln, das trotz steigender Agrarproduktion nicht gedeckt werden kann. Die parallel dazu steigenden Getreideimporte der Region beliefen sich in den achtziger und neunziger Jahren auf 16-21% der Produktion. Seit 1996 steigt der Importanteil weiter, und erreichte im Jahre 2001 einen Wert von 25% (Tabelle 5).

Tabelle 5: Handelsbilanz von Getreide (ohne Braugetreide) in Afrika südlich der Sahara von 1996-2001

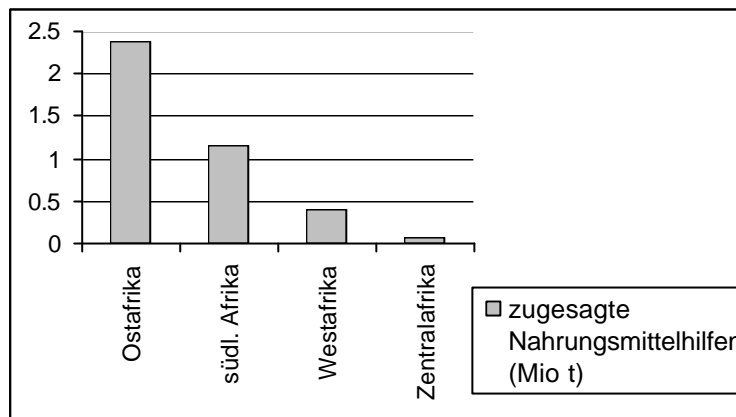
Getreide (ohne Bier)	Jahr					
	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Produktion (t)	73.3	68.7	72.1	72.6	69.4	73.6
Importe/ Produktion (%)	15.4	20.1	23.1	20.1	23.6	25.2
Importe (t)	11.3	13.8	16.7	14.6	16.4	18.6
Änderung Lagerungsbestände (t)	-1.2	2.2	-1.1	2.3	5.3	1.4
Exporte (t)	0.96	0.98	1.23	0.85	0.75	0.65
Inlandsangebot (t)	82.4	83.8	86.4	88.5	90.4	93.0

Quelle: berechnet nach Daten von FAO-STAT (2003)

Für 2002/03 bzw. 2003 umfasst der Bedarf an Getreideimporten in der Region bereits 23,8 Mio t, von denen 19,2 Mio t durch kommerzielle Importe der Länder gedeckt werden können. Die restlichen 4,6 Mio t gelten als Bedarf an **Nahrungsmittelhilfe**. Als Reaktion auf diese Nahrungsmitteldefizite wurden für 2002/03 bzw. 2003 von verschiedenen internationalen Geberländern und -institutionen

insgesamt 4,01 Mio t Nahrungsmittelhilfe für Sub-Sahara-Afrika zugesagt, von denen ein Großteil für die ost- und südafrikanischen Länder bestimmt ist (Abbildung 4).

Abbildung 4: Zugesagte Nahrungsmittelhilfen an afrikanische Länder südlich der Sahara für 2002/03 bzw. 2003



Quelle: eigene Anfertigung nach Daten von FAO/ GIEWS (2003, S. 10)

Ca. 0,55 Mio t dieser Lieferungen werden in Überschussgebieten in der Region gekauft, der Großteil jedoch wird in den Geberländern produziert. Bereit gestellt werden die Nahrungsmittel vom Welternährungsprogramm der UNO (WFP), den USA, der EU, Japan, Nicht-Regierungsorganisationen, China, Indien und Kanada, wobei die bisher gelieferten Mittel 79-98% der zugesagten Menge betragen (FAO/ GIEWS, 2003).

2.2.4 Wachsende (absolute) Armut und Ungleichheit

Die im Rahmen des Jahrtausendgipfels der UNO 2000 vereinbarten **Millenium Development Goals** setzen für die einzelnen Großregionen zu erreichende Entwicklungsziele bis 2015 fest. Sie umfassen die Bereiche Einkommensarmut, Hunger, Grundschulbildung, Geschlechtergleichheit, Kindersterblichkeit sowie Zugang zu Wasser und Gesundheit. Afrika liegt in all diesen Bereichen weit abgeschlagen hinter den anderen Regionen und läuft aufgrund der stagnierenden bis rückläufigen Trends das größte Risiko, die international gesteckten Ziele nicht zu erreichen.

1999 lebte fast die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung in extremer Einkommensarmut mit weniger als 1 US \$ pro Tag, wobei ihre absolute Zahl im Laufe der neunziger Jahre von 241 auf 315 Millionen angestiegen ist (Tabelle 6).

Tabelle 6: Veränderung der extremen Armut in den neunziger Jahren (Menschen mit Einkommen unter 1 US \$ pro Tag)

	Anteil der extrem Armen (%)		Absolute Zahl der extrem Armen (Mio)	
	1990	1999	1990	1999
Zentral-/ Osteuropa, CIS*	6,8	20,3	31	97
Sub-Sahara-Afrika	47,7	49	241	315
Nahost/ Nordafrika	2,1	2,2	5	6
Lateinamerika/ Karibik	11	11,1	48	57
Südasiens	45	36,6	506	488
Ostasien (inkl. China)	30,5	15,6	486	279

*CIS = Commonwealth of Independent States

Quelle: verändert nach UNDP (2003A, S. 41)

Im Gegensatz dazu nimmt die relative Zahl der Hungernden langsam ab (um 2% zwischen 1990 und 2000), jedoch ist immer noch ein Drittel der Bevölkerung unterernährt, sodass im Zuge des **Bevölkerungswachstums** auch hier die absolute Zahl in den neunziger Jahren stark angestiegen ist. Das gleiche gilt für die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren. Sie lag 2001 südlich der Sahara über 25 mal höher als in wohlhabenden OECD-Ländern und betrifft – wie auch zehn Jahre zuvor – ein Sechstel der dort lebenden Kinder (UNDP, 2003A).

Der Blick auf den **Human Development Index (HDI)** im Vergleich der Entwicklungsregionen verdeutlicht, dass der große Abstand Sub-Sahara-Afrikas zu den anderen Regionen weniger durch Defizite im Bereich der Alphabetisierung als vielmehr durch den geringen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Entwicklungsstand bedingt ist (Tabelle 7).

Tabelle 7: Human Development Index 2001

	Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)	Alphabetisierungsrate über 14 Jahre (%)	BIP* pro Person (PPP US\$)	HDI**
Zentral-/ Osteuropa, CIS*	69,3	99,3	6598	0,787
Sub-Sahara-Afrika	46,5	62,4	1831	0,468
Nahost/ Nordafrika	66	60,8	5038	0,662
Lateinamerika/ Karibik	70,3	89,2	7050	0,777
Südasiens	62,8	56,3	2730	0,582
Ostasien	69,5	87,1	4233	0,722

* BIP = Bruttoinlandsprodukt, ** HDI = Human Development Index

Quelle: verändert nach UNDP (2003A, S. 240)

2.2.5 Umweltprobleme der Land- und Forstwirtschaft

Da in Sub-Sahara-Afrika ca. 70% der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Landwirtschaft (einschließlich Forst- und Fischereiwirtschaft) leben, ist die Wechselbeziehung zwischen dem Ressourcenschutz in Agrar- und Forstökosystemen und dem Armuts-, Ernährungs- und Gesundheitszustand der Menschen von besonderer Bedeutung für die agrarsektorale und ländliche Entwicklung. Nach der GLASOD-Studie (Global Assessment of Soil Degradation)⁷ von 1990 gelten zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Region als degradiert - weniger als in Zentralamerika (74%), jedoch deutlich mehr als in Asien (38%). Südlich der Sahara besteht der Großteil der agrarisch genutzten Ökosysteme aus Weideland, das 83% der Agrarfläche umfasst. Ähnlich hoch liegt der Anteil in Südamerika, Ozeanien und Ostasien (WRI ET AL, 2003).

Der Pflanzenbau breitet sich hierbei auf Kosten von Wald und Weideland zunehmend auf marginalen Standorten aus (z.B. Hanglagen). Allein die durch Wassererosion verursachten pflanzenbaulichen Ertragsverluste in Afrika werden zwischen 1970 und 1990 auf 8% geschätzt (LAL zitiert in WRI ET AL, 2003). Neben der **Entwaldung** gilt somit die **Bodendegradation** in Form von Erosion, Verdichtung, Versalzung sowie dem langzeitigen Verlust von organischer Substanz; Nährstoffen und Mikroorganismen als eines der drängendsten Agrarumweltprobleme in Afrika.

3 Erklärungsansätze und empirische Ergebnisse zu Entwicklungshemmnissen des Agrarsektors

Die agrarische Krise in Afrika ist ein Produkt verschiedener Bestimmungsfaktoren. Im folgenden diskutieren wir fünf Hypothesen zur Erklärung der im letzten Kapitel aufgezeigten Symptome von Entwicklungsdefiziten.

3.1 Hypothese 1: In Afrika sind naturräumliche und sozioökonomische Standortfaktoren ungünstiger als in anderen Regionen

Naturräumliche Faktoren. Verschiedene Autoren vertreten die kontrovers diskutierte Meinung, dass die naturräumlichen Standortfaktoren für die Pflanzen- und auch Tierproduktion in Afrika vergleichsweise weitaus ungünstiger sind (PINGALI & BINSWANGER, 1988; PLATTEAU, 1995, WEISCHET, 1980). Hierfür werden unter anderem die relativ hohe Heterogenität agrar-ökologischer Standorte, die geringe Bodenqualität der (inneren) Tropen und das Fehlen großer (bewässerungsfähiger) Hochpotentialstandorte im Vergleich zu Asien angeführt. Diese Faktoren bedingen geringere Anreize insbesondere für private, jedoch auch für öffentliche Investoren in eine gezielte Züchtung und Verbreitung angepasster Sorten. Tatsächlich haben sich die frühen Forschungsprogramme der CGIAR auf die Weltgetreidepflanzen Reis, Weizen und

⁷ Die GLASOD-Studie wurde vom United Nations Environment Programme (UNEP) in Auftrag gegeben und vom International Soil Reference and Information Centre (ISRIC) in Wageningen (Niederlande) durchgeführt.

Mais konzentriert, wobei Mais insbesondere für Kleinbauern in Afrika die wichtigste Nahrungskultur ist. Die züchterische Anpassung von Hybridmais durch nationale Forschungseinrichtungen und CIMMYT an die Standortverhältnisse afrikanischer Kleinbauern begann jedoch erst Ende der 70er Jahre und trägt erst seit Mitte der 80er Jahre Früchte, beispielsweise in Zimbabwe, Malawi, und Zambia (BYERLEE & EICHER, 1997; SMALE, 1995)⁸. Wenngleich die Bodenfruchtbarkeit in der Kurzgras- und Trockensavanne wesentlich höher ist als in den feuchten Tropen Afrikas (WEISCHET, 1980), resultiert aufgrund des geringen Anteils bewässerter Fläche eine **hohe Anfälligkeit der landwirtschaftlichen Produktion** durch Dürre, die beispielsweise 2002 besonders im südlichen Mosambik sowie in Malawi, Lesotho, Sambia, Swasiland und dem traditionellen Maisexportland Simbabwe zu dramatischen Produktionsausfällen geführt hat. In Simbabwe – auch aufgrund der derzeitigen politischen Situation - erreichte der Rückgang in der nationalen Maisproduktion 2002 über 67% gegenüber dem Vorjahr (DÜI, 2002).

In der tierischen Produktion stellt die in Afrika endemische, von der Tsetsefliege übertragene **Trypanosomiasis** (Schlafkrankheit) bis heute einen Faktor dar, der die Rinderzucht und die Adoption von tierischer Zugkraft zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft hemmt. Ein wichtiger tierhygienischer Erfolg ist jedoch die Entwicklung eines Impfstoffes gegen die Rinderpest durch den 1999 mit dem World Food Prize ausgezeichneten Dr. Plowright, der zur Eindämmung dieses wichtigen Problems in der Tierproduktion in Afrika beitrug (GEBRE-MEDHIN & HAGGBLADE, 2001).

Jedoch kann man auch positive Faktoren hinsichtlich der naturräumlichen Bedingungen anführen, welche die Hypothese der naturräumlichen Benachteiligung Afrikas abschwächen. Zum einen besteht in Afrika – wie auch in Lateinamerika - ein vergleichsweise **hohes Potential für die Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche**, insbesondere in Zentralafrika, Ostafrika, im humiden Westafrika und in Teilen Südafrikas (Mosambik, Angola). Unter Berücksichtigung der bereits genutzten Fläche von 1994-1996 belaufen sich nach einer Studie der FAO und dem International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) die noch ungenutzten Flächen auf 91% der Gesamtfläche mit Nutzungspotential für Regenfeldbau in Zentralafrika, 81% in Ostafrika, 63% in Westafrika, 53% in Nordafrika und 39% in Südafrika. Ein ähnlich hohes Flächenpotential wird außerhalb Afrikas nur noch für Südamerika (mit 83% ungenutzter Agrarfläche) ermittelt, während in den meisten asiatischen Regionen bereits eine großflächige Übernutzung statt findet (FISCHER ET AL., 2002). Wenngleich diese Rechnungen auf unrealistisch erscheinenden Annahmen beruhen⁹, lassen sie doch das im weltweiten Vergleich relativ große Potential für Flächenausweitungen in Afrika und Lateinamerika erkennen (vgl. den hohen Anteil der Flächenausweitung am zukünftigen landwirtschaftlichen Wachstum in Lateinamerika und Afrika in Abbildung 7). In diesem

⁸ Arbeiten des CGIAR zu Reis am WARDA in Cote d'Ivoire und zu wichtigen tropischen Kulturen afrikanischer Kleinbauern (vor allem Yams, Maniok, Stärkebanane und Leguminosen) beim IITA in Nigeria begannen ebenfalls erst in den siebziger Jahren. Das IITA wurde 1967 gegründet und gehört seit 1971 zur CGIAR. Das WARDA wurde 1970 gegründet und gehört seit 1975 zur CGIAR.

⁹ Diese Schätzung potenziell geeigneter Agrarflächen basiert auf bestimmten Annahmen, so dass beispielsweise teilweise Wald- und Feuchtgebiete eingeschlossen sind, die aus Umweltgründen geschützt statt zu Agrarland konvertiert werden sollten. Potentiell geeignete Flächen beziehen sich zudem auf den größtmöglichen anzunehmenden Ausgleich ungünstiger Landbeschaffenheit durch Inputs und Investition, eine unrealistische Annahme unter den tatsächlichen sozioökonomischen Bedingungen, unter denen afrikanische Kleinbauern wirtschaften. Auch ist in den Rechnungen der Flächenbedarf für die entsprechende Infrastruktur nicht berücksichtigt, ohne die im Realfall weder Bebauungen noch Landwirtschaft möglich sind.

Zusammenhang kommt der Bewässerung in den fruchtbaren Trockengebieten eine entscheidende Rolle zu. Derzeit liegt der Anteil an Bewässerungsflächen in Afrika noch weit unter dem der anderen Großregionen und deutlich unter dem geschätzten Bewässerungspotential der Region, so dass nach FAO-Schätzungen auch bis 2030 nur knapp ein Fünftel der bewässerungsfähigen Fläche als solche genutzt werden wird (FAO, 2003A).

Die Schlüsselfrage für das zukünftige landwirtschaftliche Wachstum scheint daher zu lauten, wie und vor allem von wem dieses Produktionspotential genutzt werden kann, welches nach WEISCHET (1980) im Verlauf der Klimagürtel entgegengesetzt durch Bodenqualität und Wasserangebot eingeschränkt wird. Insbesondere die ärmere Landbevölkerung ist im Hinblick auf die finanziellen und institutionellen **Zugangsbarrieren zu Bewässerung und anderen Technologien** benachteiligt, so dass folgerichtig in den weitläufigen (semi-) ariden Agrarstandorten nur ein Bruchteil der Armen lebt. Dies spricht gleichzeitig einem ausschließlichen Zusammenhang zwischen naturräumlichen Nachteilen und Armut entgegen¹⁰. Eine IFAD-Studie kommt gar zu dem Schluss, dass 86% der ländlichen Armen in Süd- und Ostafrika in Gebieten mit mittlerem bis hohem landwirtschaftlichen Produktionspotential in bezug auf Niederschlag, Temperatur und Beschaffenheit der Böden leben (IFAD, 2002).

Vor diesem Hintergrund gewinnen die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen an entscheidender Bedeutung, da sie einen wesentlichen Einfluss auf den Zugang zu Wasser, Agrarinput- und Outputmärkten, Institutionen (wie Bodenverfassung, Recht, Kredit, Agrarforschung und -beratung) und Information schlechthin haben. Diese Faktoren führen zu großen Unterschieden in der Ertragsleistung zwischen agrarischen Standorten einerseits sowie innerhalb von Standorten zwischen „Großbauern“ und benachteiligten Kleinbauern andererseits.

Sozio-ökonomische Rahmenbedingungen. Für die ungünstigen sozio-ökonomischen Ausgangsbedingungen werden häufig auch die geringe Bevölkerungsdichte und damit einhergehende geringe Infrastruktur in ländlichen Räumen, das hohe Bevölkerungswachstum und der niedrige Ausbildungsstand insbesondere der ländlichen Bevölkerung genannt. Jedoch finden sich derartige Faktoren auch in anderen Entwicklungsregionen der Welt. Insbesondere die geringe Bevölkerungsdichte erscheint im Rückblick kaum als ein ausschlaggebender Grund für die unzureichende Entwicklung eines Landes gelten zu können, sondern kann aufgrund der hohen durchschnittlichen Pro-Kopf-Verfügbarkeit an Land bei funktionierenden Institutionen zur Regelung der Landbesitzverfassung ein Entwicklungsvorteil sein, welcher durch entsprechende Technologien, Infrastruktur und Institutionen nachhaltig genutzt werden sollte.

Allerdings gewinnen angesichts des Voranschreitens von Bevölkerungswachstum, Marktintegration und zunehmender Störung der vielfältigen traditionellen Agrarverfassungen auch in Afrika Landknappheit und deren Folgekonflikte über den Zugang zu natürlichen Ressourcen an Bedeutung. Die Neuordnung von klar definierten und der landwirtschaftlichen und politischen Situation entsprechenden **Landbesitzrechten** ist

¹⁰ Wir zitieren hier IFAD (2002): “Perhaps surprisingly, the majority of smallholders in eastern and southern Africa live and farm on land that has medium to high potential for increased production. Although about 38% of the land base is desert, arid, or semi-arid, these areas have a relatively low population; while the incidence of poverty there is high, only 14% of the rural poor live in such areas. The remaining 62% of the land base has medium to high potential for increased production. These areas have far greater population density, and it is here that no less than 86% of the rural poor actually live.”

demnach in vielen afrikanischen Ländern eine notwendige Voraussetzung für und gleichzeitig eine Folge von angepasster technologischer Agrarentwicklung (KIRK, 1999).

Zwei weitere Faktoren scheinen insbesondere in der jüngeren Zeit zur Agrarkrise in Afrika beizutragen: Politische Krisen sowie Gesundheits- und Ernährungskrisen.

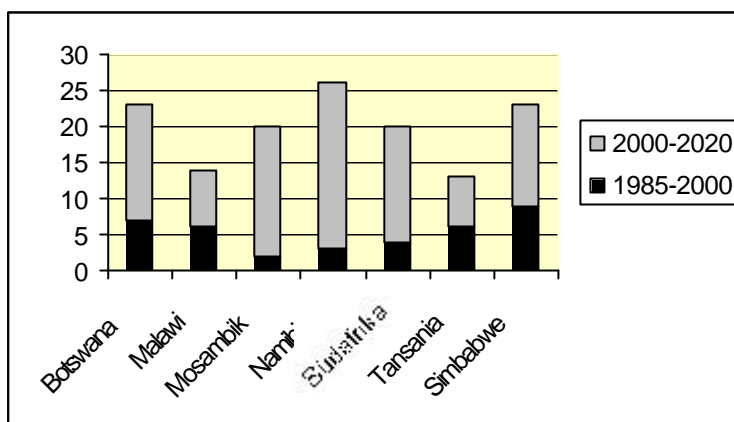
Gesundheits- und Ernährungskrisen. Afrika ist von **AIDS und Malaria** besonders betroffen (BLOOM & SACHS, 1998; UNDP, 2003A). Zusammen mit der hohen Mangel- und Unterernährung der afrikanischen Bevölkerung stellen diese entscheidende Faktoren für eine geringe Arbeitsproduktivität sowie für eine geringe Risikobereitschaft der betroffenen Bevölkerung für die Adoption von Technologien und Durchführung von Investitionen dar.

Von den geschätzten 42 Millionen HIV-infizierten Menschen weltweit leben 29,4 Millionen in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara, und auch bei den HIV- / Aids-bedingten Todesfällen führt die Region die traurige Statistik mit 2,4 von insgesamt 3,1 Millionen Toten an. Besonders stark betroffen sind Botswana, Lesotho, Swasiland und Simbabwe, wo jeweils bereits zwischen 31 und 39% der Bevölkerung infiziert sind (UNAIDS/ WHO, 2002). Hinzu kommt, dass ein Großteil der HIV-infizierten Bevölkerung zwischen 15 und 49 Jahre alt ist und sich also im arbeitsproduktiven Alter befindet. Demnach sind in der Region 9% der Bevölkerung in dieser Altersgruppe von HIV/ Aids betroffen (UNDP, 2003A).

Die HIV-Pandemie wird leider immer noch oft genug nur als ein spezifisches Problem des Gesundheitssektors und der medizinischen Versorgung verstanden. Dabei hat die Pandemie sowohl multisektorale Ursachen als auch multisektorale Auswirkungen. Eine wirkungsvolle Bekämpfungsstrategie sollte dem Rechnung tragen (HEMRICH, 1997; BMZ SPEZIAL 94). Auf der Ebene der ländlichen Haushalte bedingt HIV/ AIDS die längere Krankheit beziehungsweise den Tod von überwiegend jungen Familienmitgliedern. Der **Verlust der produktivsten Arbeitskräfte** führt in landwirtschaftlichen Haushalten auf der einen Seite zu einem drastischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion mit den damit verbundenen erhöhten Ernährungsrisiken und Einkommensverlusten. Auf der anderen Seite entstehen erhöhte Ausgaben für die Krankenpflege, die häufig nur durch den Verkauf von Produktionskapital, wie Land und Tiere, finanziert werden können. Mittel- und längerfristig führt dies zu einer Verringerung der produktiven Ressourcen und damit des zukünftigen Familieneinkommens. Haushalte ziehen folgerichtig zunehmend Produktionsverfahren und Kulturen vor, welche arbeits- und kapitalexintensiv sind und kurze Produktionszeiten haben (z.B. Maniok, Hirse, lokale Maissorten). Dies wiederum führt zu einer Verringerung der Nahrungsmittelproduktion und des Einkommens, so dass HIV/ AIDS nicht nur Folge, sondern oft auch **Ursache für langfristige Armut** ist und insbesondere die ärmeren Bevölkerungsgruppen und Frauen betrifft.

Auf der Ebene sozialer Gruppen, wie etwa des Familienverbandes und der Dorfgemeinschaft, bedingt HIV/ AIDS eine zunehmende Beanspruchung des völlig überforderten, informellen sozialen Sicherungssystems (HADDAD & ZELLER, 1997) bei gleichzeitigem Rückgang des Einkommens der Bevölkerung. So zeigte eine Studie in einem Dorf in Simbabwe einen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion um 50% innerhalb der letzten fünf Jahre, der überwiegend durch AIDS begründet wird (FAO/ UNAIDS, 1999). Im Zeitraum von 1985-2000 forderte HIV/ Aids in Botswana, Malawi, Tansania und Simbabwe bereits den Verlust von 5 - 10% der landwirtschaftlichen Arbeitskraft (Abbildung 5).

Abbildung 5: Schätzung der HIV/ Aids-bedingten Verluste an landwirtschaftlicher Arbeitskraft in afrikanischen Ländern (in %)



Quelle: verändert nach FAO (2003B, S. 10)

Während der Anteil der unterernährten Bevölkerung in den Ländern südlich der Sahara mit $< 5\%$ HIV- Infektion zwischen 1980 und 2000 von ca. 37 auf ca. 26% gesunken ist, ist er in Ländern mit $> 5\%$ HIV- Infektion im gleichen Zeitraum nahezu umgekehrt von ca. 27 auf ca. 37% angestiegen¹¹. Um die AIDS-Epidemie nachhaltig zu bekämpfen, müssen **intensive Aufklärungsarbeit** vor allem von den betroffenen Nationen selbst auf höchster politischer Ebene geleistet werden, so dass bestehende Tabus und soziokulturelle Verhaltensmuster in Frage gestellt werden, die der Ausbreitung von AIDS Vorschub leisten. Uganda und Senegal mögen hierbei als positive Beispiele von Staaten gelten, in denen eine Kontrolle der Epidemie relativ frühzeitig aufgrund des Engagements von Politikern und gesellschaftlichen Führungskräften – in Verbindung mit internationaler Hilfe- möglich geworden ist. Im Gegensatz zu früheren Hungerkatastrophen in Afrika, die sich mit kurzfristiger Nahrungsmittelhilfe eindämmen ließen, läutet der gleichzeitige Zusammenbruch von Gesundheit, landwirtschaftlicher Produktion und Nahrungssicherung somit einen chronischen Notstand in vielen ländlichen Gebieten Afrikas ein, dessen Folgen über Jahrzehnte andauern werden (FAO, 2003B).

Politische Krisen. Fast die Hälfte aller Länder des afrikanischen Festlandes sind von interner Vertreibung betroffen (s. Abbildung in Anhang 1). Sudan, Angola und die Demokratische Republik Kongo (ehemals Zaire) führen gar die weltweite Statistik der Vertriebenenzahlen an. Dass Vertreibung dabei nur die Spitze des Eisberges von sozialem und wirtschaftlichem Leid darstellt, belegen die hohen Opferzahlen von politischen Konflikten in Afrika (s. Graphik in Anhang 2). Der **enge Zusammenhang von politischen Unruhen, Entwicklungsrückschritten und Hunger** wird auch bei einem Vergleich mit der Karte in Abbildung 3 ersichtlich, denn mit Ausnahme von Algerien und Nigeria leiden alle von interner Vertreibung betroffenen Länder Ende

¹¹ Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten in (FAO, 2003B).

2003 unter akuten Nahrungsmittelengpässen¹². Tatsächlich hat das Notstands-Frühwarnsystem GIEWS der FAO ermittelt, dass nur in sechs Ländern (Cape Verde, Kenia, Lesotho, Madagaskar¹³, Mauretanien, Mosambik, Swasiland) der Hunger Ende 2003 ausschließlich durch Dürre und andere Klimaereignisse bedingt ist. In den anderen von Nahrungsmittelnotstand betroffenen Ländern spielen **Bürgerkriege, Flüchtlingsrückführungen und/ oder interne Vertreibung** die alleinige oder zusätzliche Rolle für die aktuelle Nahrungsmittelknappheit (FAO/ GIEWS, 2003) (Tabelle 8).

Tabelle 8: Gründe für den Nahrungsmittelnotstand Ende 2003 in Afrika

Country	Reasons for emergency
Angola	Returnees, IDPs (Internally displaced people)
Burundi	Civil strife, IDPs
Cape Verde	Drought
Central Afr. Rep.	Civil strife, IDPs
Congo, Dem.Rep.	Civil strife, IDPs and refugees
Congo Rep. of	Civil strife, IDPs
Côte d'Ivoire	Civil strife, IDPs
Eritrea	Drought, IDPs, returnees
Ethiopia	Drought , IDPs
Guinea	IDPs and refugees
Kenya	Drought in parts
Lesotho	Adverse weather in parts
Liberia	Civil strife, IDPs
Madagascar	Drought in southern parts
Mauritania	Drought
Mozambique	Drought in southern parts
Sierra Leone	Civil strife, IDPs
Somalia	Civil strife, drought in parts
Sudan	Civil strife, drought in parts
Swaziland	Drought in parts
Tanzania, U.R.	Drought in parts, refugees
Uganda	Civil strife, IDPs, drought in parts
Zimbabwe	Drought, economic disruption

Quelle: FAO/ GIEWS (2003)

¹² Zum Zusammenhang zwischen Hunger und politischen Krisen und Kriegen, siehe von BRAUN, WEBB & TEKLU (1998).

¹³ Die politischen Unruhen in Madagaskar im Jahre 2003 wurden offensichtlich von FAO/GIEWS nicht mit berücksichtigt, obwohl sie aufgrund der Zerstörung von Verkehrsinfrastruktur zur massiven Störung des Agrarhandels beitrugen.

3.2 Hypothese 2: In die Agrarforschung und –beratung wurde in den afrikanischen Ländern über Jahrzehnte unterinvestiert

Im obigen Kapitel wurde gezeigt, dass Afrika in den letzten Jahrzehnten auch im Vergleich anderer Regionen ein hohes Wachstum in der Pflanzenproduktion aufgewiesen hat. Die folgende Tabelle zeigt diese Tendenz im Vergleich mit anderen Regionen.

Tabelle 9: Jährliches Wachstum in der pflanzenbaulichen Produktion (in %)

	1969-99	1979-99	1989-99	1997/99-2015
Welt	2,1	2,0	2,1	1,5
Industrieländer	1,4	1,1	1,6	0,9
Schwellenländer	-0,6	-1,6	-3,7	0,7
Entwicklungsländer	3,1	3,1	3,2	1,7
Sub-Sahara-Afrika	2,3	3,3	3,3	2,6
Nahost/ Nordafrika	2,9	2,9	2,6	1,8
Lateinamerika/ Karibik	2,6	2,3	2,6	1,8
Südasien	2,8	3,0	2,4	2,1
Ostasien	3,6	3,5	3,7	1,3

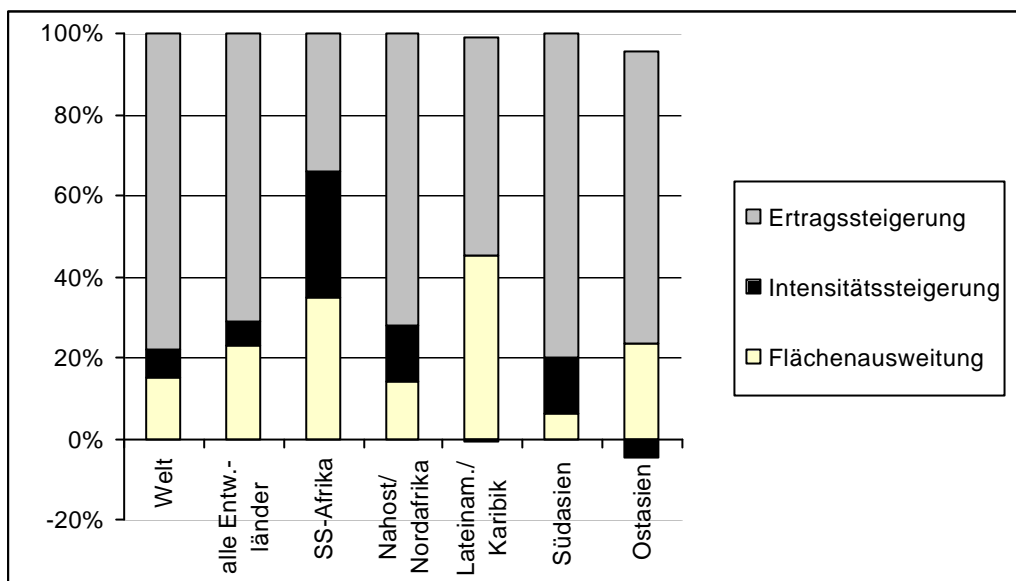
Quelle: verändert nach FAO (2003A, S. 125)

Untersucht man hier jedoch die Bestimmungsgründe, ergibt sich wiederum ein relativ negatives Bild, das die obige Hypothese über die **Vernachlässigung der Agrarforschung und –beratung** unterstützt. Bedingt ist das Produktionswachstum im allgemeinen durch drei unmittelbare Faktoren:

- Ausweitung landwirtschaftlicher Ackerflächen,
- gesteigerte Anbauintensität (z.B. durch kürzere Bracheperioden, schneller reifender Sorten, oder Bewässerung) und
- Ertragszuwächse, bedingt durch Sortenwahl und anderer Maßnahmen des Pflanzenbaus (z.B. Düngung, Mischkulturanbau), integrierter tierischer und pflanzlicher Produktion bzw. verbesserter Nachernteverfahren.

Jedoch unterscheidet sich der Einfluss dieser Bestimmungsfaktoren je nach Region. Während die Wachstumsraten der letzten vierzig Jahre weltweit vor allem durch eine erhöhte Flächenproduktivität in Form von Ertragssteigerungen und durch Bewässerung gesteigerte Anbauintensitäten bedingt waren, fand die Produktionssteigerung in Sub-Sahara-Afrika zu fast gleichen Teilen durch alle drei genannten Wachstumsfaktoren statt (Abbildung 6). Dabei sind insbesondere die Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen und teilweise auch die Intensitätssteigerung im Anbau (z.B. durch verkürzte Brachezeiten) eng mit den hohen Entwaldungsraten Afrikas verbunden.

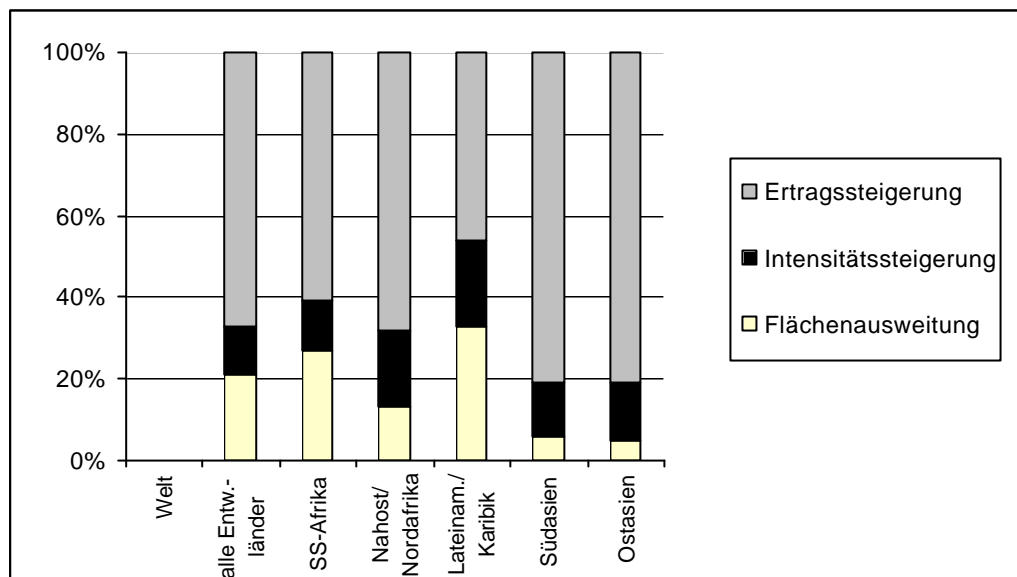
Abbildung 6: Gründe für das Wachstum in der pflanzenbaulichen Produktion von 1961-99



Quelle: eigene Anfertigung nach Daten von FAO (2003A, S. 126)

Afrikas natürliche und angepflanzte Wälder umfassen mit 650 Mio ha ca. 17% der weltweiten Forstressourcen und etwa ein Viertel der tropischen Regenwälder. Mit einem geschätzten Nettorückgang von jährlich 5,3 Mio ha (0,78%) von 1990-2000 ist der Verlust der Forstressourcen in Afrika alarmierend hoch. Für die verschiedenen Sub-Regionen südlich der Sahara sind jeweils Burundi, Ruanda, Niger, Togo, Sambia, Malawi und Uganda Beispielländer für hohe Deforestationsraten, bedingt durch landwirtschaftliche Flächenausweitung, Buschfeuer und Übernutzung durch kommerziellen Holzschlag und bäuerliche Feuerholznutzung (FAO, 2000). Die im regionalen Vergleich geringen staatlichen Ausgaben für den Forstsektor in Afrika verringern die Chancen für ein nachhaltiges Management der Waldressourcen auf dem Kontinent erheblich (FAO, 2003C). Die Folgen für die Landbevölkerung sind erheblich: bereits 1994 lebte etwa die Hälfte der weltweit 25 Mio „**Umweltflüchtlinge**“, die durch Degradation der natürlichen Ressourcen ihre Lebensgrundlage verloren haben, in Afrika (UNEP, 2003). Dass folglich die Rolle der Ausweitung der Agrarflächen für die zukünftige Steigerung der Nahrungsmittelproduktion abnehmen wird, belegen die Schätzungen der FAO für die Bestimmungsgründe zukünftigen pflanzenbaulichen Produktionswachstums (Abbildung 7).

Abbildung 7: Gründe für das geschätzte Wachstum in der pflanzenbaulichen Produktion von 1997/99-2030



Quelle: eigene Anfertigung nach Daten von FAO (2003A, S. 126)

Vor diesem Hintergrund kann der Schutz natürlicher Ressourcen (Wald, Biodiversität, Wasser) nur mit einer Intensivierung der pflanzlichen Produktion durch **Adoption standortgerechter und umweltschonender Technologien** im Agrarsektor geleistet werden. Folglich ist der Agrarsektor nicht nur Ursache vieler Umweltprobleme in Afrika, sondern auch der Schlüssel zur Lösung dieser Probleme (REARDON & SHAIK, 1995; VOSTI & REARDON, 1997; ZELLER ET AL., 1999). Voraussetzung für eine solche Strategie sind langfristig geplante, kontinuierliche Investitionen in die Agrarforschung und -beratung, gekoppelt mit Investitionen in lokalen Institutionen und ländlicher Infrastruktur, welche die Adoption leistungsfähiger Technologien fördern. Im Hinblick darauf, dass Arme nicht unerheblich am Umweltraubbau beteiligt sind, sollte sich die öffentlich geförderte Agrarforschung daher insbesondere mit jenen Agrarprodukten befassen, die von den untersten Einkommensgruppen konsumiert bzw. produziert werden (BMZ SPEZIAL, 2002).

Dies ist jedoch vielfach nicht gegeben. Denn während die durch nationale Regierungen finanzierten Ausgaben für die Agrarforschung in Asien seit 1976 um fast das Dreifache angestiegen sind (Tabelle 10), haben die entsprechenden Ausgaben in Afrika in den letzten Jahrzehnten fast stagniert. Eine Anfang der 90er Jahre durchgeführte Analyse zu Förderung des Agrarsektors in Entwicklungsländern zeigt die seit Anfang der 80er Jahre relativ sinkenden und absolut stagnierenden Ausgaben **bi- und multilateraler Entwicklungshilfe für den Agrarsektor** auf (VON BRAUN ET AL., 1994).

Tabelle 10: Ausgaben der nationalen Regierungen für Agrarforschung 1976-1995 (in Mrd US \$ von 1993)

in Mrd US \$ (1993)	1976	1985	1995
Industrie- u. Schwellenländer	7,1	8,75	10,22
Entwicklungsländer	4,74	7,68	11,47
Sub-Sahara-Afrika	0,99	1,18	1,27
Mittlerer Osten/ Nordafrika	0,58	0,98	1,52
Lateinamerika/ Karibik	1,09	1,58	1,95
Asien/ Pazifik (ohne China)	1,32	2,45	4,62
China	0,71	1,4	2,06
Welt (total)	11,84	16,42	21,69

Quelle: verändert nach PARDEY & BEINTEMA (2001, S. 4)

Hier kommt dem öffentlichen Sektor eine wichtige Rolle zu, da insbesondere der Bereich der armutsorientierten Agrarforschung nur wenig Anreize für privatwirtschaftliche Investitionen setzt. Tatsächlich belegt eine Vielzahl von Impact-Untersuchungen die **hohe volkswirtschaftliche Verzinsung** von Investitionen in die Agrarforschung (ALSTON ET AL., 2000; EVENSON, 2002; PARDEY & BEINTEMA, 2001; THIRTLE ET AL., 2003), welche in Tabelle 11 für die verschiedenen Entwicklungsregionen von ALSTON ET AL. (2000) dokumentiert werden.

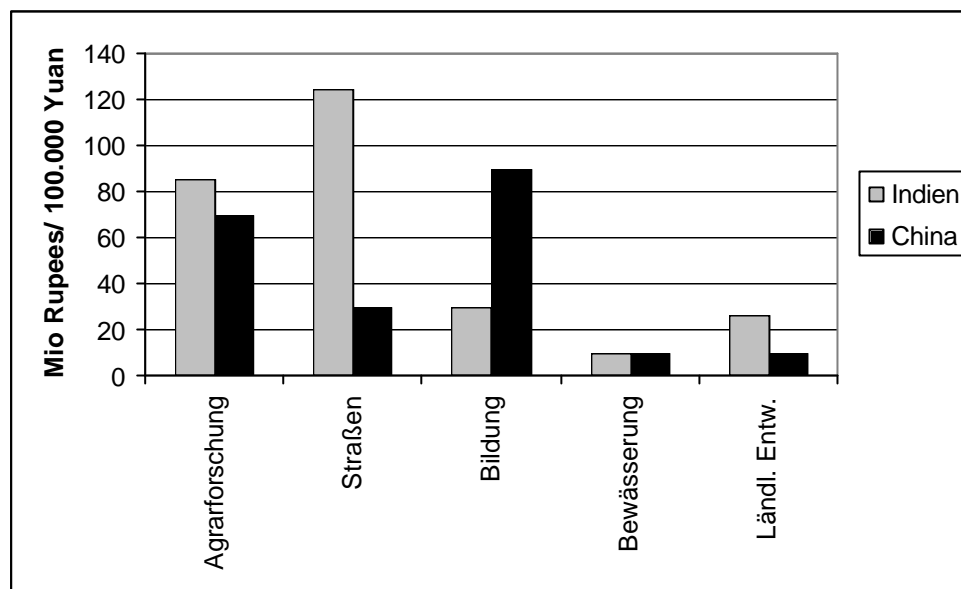
Tabelle 11: Geschätzte interne Verzinsung der Investition in Agrarforschung (in %)

	Anzahl der Schätzungen	Median der Ertragsraten (%)
Industrie- u. Schwellenländer	990	46
Entwicklungsländer	683	43
Sub-Sahara-Afrika	188	34
Nahost/ Nordafrika	11	36
Lateinamerika/ Karibik	262	43
Asien/ Pazifik	222	50

Quelle: verändert nach ALSTON ET AL. (2000, S. 62)

Die hohen Ertragsraten von Investitionen in die Agrarforschung sind zugleich ein Beleg für die fortdauernde zu geringe Investition in diesen Bereich bzw. mangelnde politische Priorität, da es um Investitionen in **öffentliche Güter** geht, für die im privaten Sektor keine ausreichenden Anreize bestehen (z.B. in der Züchtung von vegetativ vermehrbaren Knollenfrüchten). Als weitere Alternative könnten allerdings auch Public-Private-Partnerships zunehmend eine Rolle spielen (KERN, 2000), jedoch bleibt die Rolle sowohl der öffentlich finanzierten Agrarforschung als auch der Investition in andere Bereiche der ländlichen Entwicklung für die Armutsbekämpfung weiterhin unverzichtbar (BYERLEE & ALEX, 2003). Dies wird anhand von Abbildung 8 eindrücklich für Indien und China belegt.

Abbildung 8: Der bisherige Einfluss öffentlicher Investition in ländliche Entwicklung auf die Anzahl der Armen



Quelle: BYERLEE & ALEX (2003, S. 3)

Die Abbildung zeigt, dass die Investition in die zentralen Bereiche ländlicher Entwicklung - insbesondere Verkehrsinfrastruktur, Bildung aber auch Agrarforschung – signifikant zur Armutsreduzierung in Asien beigetragen hat. Sowohl in Indien als auch in China liegt die Agrarforschung hinsichtlich ihres Potentials zur Armutsbekämpfung an zweiter Stelle. Demnach hat z.B. die Investition von 1 Mrd Rupees in die Agrarforschung in Indien die Zahl der Armen um fast 90 reduziert. Diese Tendenz deckt sich mit den in Kapitel 2.1 dargestellten Ergebnisse zur Rolle des Agrarsektors für die wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Angesichts der hohen Verzinsung von Investitionen in die Agrarforschung und dem damit verbundenen wirtschaftlichen Entwicklungspotential für Afrika wollen wir an dieser Stelle einem **übertriebenen Entwicklungspessimismus** vorbeugen, der sich anhand der beschriebenen Unterfinanzierung des Agrarsektors breit machen kann. Der Agrarsektor Afrikas weist durchaus Erfolge auf. Basierend auf einer Umfrage unter 118 afrikanischen und externen Experten haben GABRE-MADHIN & HAGGBLADE (2001) die Erfolge in der afrikanischen Landwirtschaft zusammengestellt (s. Anhang 3). Ihre Kategorien beziehen sich auf a) bestimmte Kulturen oder Tierarten, b) bestimmte Aktivitäten (wie die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit oder Technologieentwicklung), c) die Institutionenentwicklung auf verschiedenen Ebenen sowie d) spezielle Länder mit landwirtschaftlicher Erfolgsgeschichte wie z.B. Ghana mit seiner Steigerung der Agrarproduktion im Zeitraum von 1983-1999. Die von GABRE-MADHIN & HAGGBLADE (2001) dargestellten Erfolge in Afrika zeigen, dass die Agrarforschung und –beratung auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und Armutsbekämpfung leisten kann, wie obige Zahlen belegen.

3.3 Hypothese 3: Preiskorrektur durch Strukturanpassungsprogramme ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Agrar- und ländliche Entwicklung

In vielen afrikanischen Ländern übernahmen die Regierungen nach der Unabhängigkeit die kolonialen Vermarktungsinstitutionen für Nahrungsmittel und Export-

kulturen. Sie setzten die Förderung der Plantagenwirtschaft fort - entweder in Form von staatlichem Eigentum in den sozialistisch beeinflussten Ländern oder unter Beibehaltung der Eigentumsrechte kolonialer Siedler - und investierten wenig in die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die wirtschaftliche Diversifikation ländlicher Regionen.

Die Besteuerung der Agrarexporte bzw. von Importen von Agrarinputs war durch staatliche Monopole und -organisationen, Entwicklungsbanken und andere staatlicher Institutionen administrativ relativ einfach durchzusetzen. Jedoch wurden die Steuern aus dem Agrarsektor kaum in die Entwicklung der (kleinbäuerlichen) Landwirtschaft reinvestiert. Vielmehr wurden im Sinne der **Modernisierungstheorie** andere Wirtschaftssektoren gefördert, der Nahrungsmittelverbrauch der den Wahlurnen bzw. Machtzentren näheren städtischen Bevölkerung subventioniert, und die Zahlung politischer Renten für den Machterhalt finanziert (LIPTON, 1977; BATES, 1981). Die Übernahme der auf traditionellen Exporten basierten Entwicklungsstrategie trug damit wenig zur Diversifizierung der Wirtschaft bei, so dass sich die Abhängigkeit von einigen wenigen Rohstoffen und Agrarprodukten auch nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Länder unverändert fortsetzte. DELGADO (1997) bezeichnet diese seit der Kolonialzeit bis Anfang der 70er Jahre in Afrika vorherrschende Entwicklungsstrategie als *„commercialization via cash cropping“*. Es ist zu betonen, dass diese Strategie trotz der zunehmenden Kritik durchaus auch den vorherrschenden theoretischen Entwicklungsansätzen der 50er und 60er Jahre entsprach und von IWF, Weltbank und den Geberländern unterstützt wurde.

Warum wurde diese Strategie nicht fortgeführt? Zum einen stellte sich heraus, dass die erhofften inter- und intrasektoralen Sekundär-/ Folgeeffekte nicht (genügend) zur Reduzierung von Armut beitrugen, so dass Strategien wie die **integrierte ländliche Entwicklung** unter der Förderung der lokalen Nahrungsmittelerzeugung und anderer Grundbedürfnisse (**„Basic Needs“-Ansatz**) zunehmend in Mode kamen (DELGADO, 1997; LELE, 1989)¹⁴. Zum anderen trugen die stark ansteigenden Preise für Öl und Düngemittel seit der Ölkrise 1973 und die seit Mitte der 70er Jahre einsetzende Verschlechterung der Terms of Trade für afrikanische (Agrar-) Rohstoffe zu einer zunehmend untragbaren Verschuldungshöhe der afrikanischen Staaten bei. Auch setzte sich unter Entwicklungs- und Agrarökonomien die später im Weltentwicklungsbericht 1983 publizierte Erkenntnis durch, dass die staatlichen Interventionen in der Produktion und Vermarktung von Agrarprodukten ineffizient seien und agrarsektorales Wachstum behindern könnten. Eine Reihe von Autoren - insbesondere TIMMER (1986) und KRÜGER ET AL (1992) - forderten daher eine Korrektur der Agrarpreise (*getting prices right*) durch die Reform von Politikmaßnahmen, die einseitig den Agrarsektor besteuerten und zur Senkung der Produzentenpreise führten. Diese Kritik wurde seit Anfang der achtziger Jahre in den sogenannten **Strukturanpassungsprogrammen** (SAP) des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Form von Konditionalitätsbedingungen bei der Vergabe von Strukturanpassungskrediten umgesetzt.

Typische Maßnahmen der SAP sind die Abwertung der Landeswährung, die Beschränkung der Staatsausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der Staatseinnahmen, der Abbau von Subventionen, die Durchsetzung positiver Realzinsen, die Liberalisierung

¹⁴ Wir verwenden den Begriff Mode, um damit auszudrücken, dass afrikanische Regierungen in den letzten 30 Jahren durch Geberländer mit sehr unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Entwicklungsstrategien „beraten“ wurden (siehe zum ständigen Strategiewechsel in Afrika auch DELGADO, 1997, der insgesamt acht weitere Agrarentwicklungsstrategien neben der Förderung des Marktfruchtbaus für den Export seit der Unabhängigkeit der afrikanischen Länder unterscheidet).

des Binnen- und Außenhandels und die Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produzenten durch die Senkung von Agrarexportsteuern und Importsteuern für Agrarinputs und die Abschaffung anderer, den Agrarsektor diskriminierende Maßnahmen.

Wir weisen darauf hin, dass die Strukturanpassungsprogramme in unterschiedlichem Maße von den nationalen Regierungen implementiert wurden (siehe hierzu z.B. KHERALLAH ET AL., 2000). Viele der Reformen wurden zeitverzögert implementiert und vor dem Hintergrund polit-ökonomischer Motive (mehrmals) revidiert, um dann wieder angesichts des inneren wirtschaftlichen Drucks und der Konditionalität des IWF und der Weltbank fortgesetzt zu werden. THIELE (2003) geht der Frage nach, ob die Besteuerung des Agrarsektors die letzten 20 Jahre Strukturanpassungsprogramme im Afrika südlich der Sahara überlebt hat. Er berechnet nominale Protektionsraten für die Marktfrüchte Kakao, Kaffee und Baumwolle, für die Nahrungskulturen Mais und Reis sowie für Düngemittel. Seine Ergebnisse zeigen ein zwischen den einzelnen Ländern sehr uneinheitliches Bild. Während bei den Marktfrüchten die negative Protektion im Durchschnitt der Länder abgebaut wurde, ergab sich keine Verbesserung für Mais und Weizen sowie für Düngemittel. Des weiteren zeigt THIELE (2003) auf, dass die Überbewertung des Devisenwechsellurses im Zeitraum 1975-1998 etwas abgebaut wurde. Besonders erfolgreich waren hierbei z.B. Ghana, Uganda. Diese Ergebnisse sind konsistent mit der generellen Einsicht, dass die Strukturanpassungsprogramme trotz Konditionalität nicht immer echte und nachhaltige Politikreformen in Afrika bewirkt haben. Der **zögernde und zum Teil mehrmals revidierte Reformkurs** erhöhte sicherlich die Unsicherheit von Landwirten und anderen Unternehmern sowie der Konsumenten mit dem Ergebnis, dass nur sehr zurückhaltend investiert wurde.

Des weiteren ist eine Wirkungsanalyse der SAP durch andere endogene und exogene Faktoren (wie Dürre, sinkende Terms of Trade, politische Krisen) erschwert. Daher lässt sich in der wissenschaftlichen Literatur auch kein einheitliches Bild bezüglich der Wirkung der SAP auf wirtschaftliches und agrarsektorales Wachstum bzw. Armutsreduzierung erkennen, wobei jedoch die Zahl der **kritischen Stimmen** zu überwiegen scheint und die Skepsis mit der Zeit auch innerhalb der Weltbank und des IWF zugenommen hat (siehe STIGLITZ, 2002 und BERG & KRÜGER, 2003, zitiert aus DECKER, 2003). Viele der UN-Institutionen und die Mehrzahl afrikanischer Entwicklungsländer sowie die meisten nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen stehen den Strukturanpassungsprogrammen aus unterschiedlichen Motiven sehr kritisch bzw. ablehnend gegenüber (siehe z.B. die Kritik von SAPRIN, 2002).

Nach 20 Jahren Strukturanpassung kann folgendes kritisches Fazit gezogen werden (nach STIGLITZ, 2002; KHERALLAH ET AL., 2000). Die SAP-Politik war eine notwendige Maßnahme zur (Wieder-)Herstellung makro-ökonomischer Stabilität und zum Abbau der Besteuerung des Agrarsektors. Somit wurden marktwirtschaftliche Anreize im Agrarsektor betont. Die SAP-Politik erwies sich jedoch aus verschiedenen Gründen als nicht hinreichend für eine nachhaltige Wachstums- und Armutsreduzierungspolitik. Im folgenden gehen wir zunächst auf die unmittelbaren Wirkungen der Erhöhung der Produzentenpreise und der gesteigerten Effizienz von Agrarmärkten aufgrund von Strukturanpassung und Marktliberalisierung ein. Danach erörtern wir wesentliche Bestimmungsgründe für die enttäuschende Preisangebotsreaktion afrikanischer Landwirte nach Strukturanpassung.

Markt- und Preiseffekte. Eine Vielzahl von Studien zur Wirkung der SAP zeigt durchaus, dass die erwarteten Preis- und Effizienzeffekte auf landwirtschaftlichen Binnenmärkten in Ländern mit konsequenter Implementierung der Reformen eintraten.

So zeigen JAYNE ET AL. (1998) am Beispiel von Getreidemärkten in Äthiopien, dass nach SAP die Preise für Landwirte in Überschussgebieten gestiegen, in Defizitregionen gesunken und die Vermarktungsspannen aufgrund der zunehmenden Konkurrenz zwischen privaten Händlern gefallen sind. Da die Vermarktungskosten für Getreide in Äthiopien – wie in anderen afrikanischen Ländern - 40 bis 60% des Konsumentenpreises ausmachen (JAYNE ET AL., 1998), ist die aufgrund von Reformen **gesteigerte Markteffizienz** von hoher Bedeutung sowohl für Produzenten als auch für Konsumenten¹⁵. Allerdings sanken saisonalen und stochastischen Schwankungen der Preise nicht nach der Reform, ein Ergebnis, das JAYNE ET AL. (1998) auf institutionelle und infrastrukturelle Faktoren zurückführen. Zu diesen zählen z.B. die Abhängigkeit der Getreideproduktion vom Niederschlag und der mangelnde Zugang von Kleinbauern und Händlern zu Finanzinstitutionen für die Finanzierung der Lagerhaltung und des Transports.

Trotz dieser für Produzenten positiven Preiseffekte blieb der erwartete Boom der Agrarproduktion, da die strukturellen und institutionellen Voraussetzungen für eine breitenwirksame Preisangebotsreaktion insbesondere im kleinbäuerlichen Sektor nicht gegeben waren. Insofern stellten die SAP eine **notwendige Bedingung** für die Entwicklung des Agrarsektors **aber eben keine hinreichende** dar.

Verkehrsinfrastruktur. Die ländlichen Regionen Afrikas sind oft durch unzureichende Transportsysteme gekennzeichnet, so dass regionale Nahrungsmittelmärkte kaum integriert sind. So ergab eine Studie des International Food and Policy Research Institutes (IFPRI), dass **regionale** Preisunterschiede innerhalb von Madagaskar für das Hauptnahrungsmittel Reis bis zu 300% und **saisonale** Preisunterschiede innerhalb der gleichen Region bis zu 100% betragen (MINTEN & ZELLER, 2000). Hauptursache sind die bereits genannten hohen Vermarktungskosten, unter denen die Transport- und Finanzierungskosten die wesentliche Komponenten ausmachen. In Tabelle 12 werden Kennziffern des Marktzugangs für 200 zufällig ausgewählte Dörfer in Madagaskar aufgezeigt. Im Durchschnitt aller Regionen muss ein Landwirt zwei Stunden einfache Wegzeit zurücklegen, um seine Produkte auf dem Markt zu verkaufen. Fast der ganze Weg wird hierbei zu Fuß zurückgelegt. Des Weiteren ist er sich unsicher über den Preis, den er nach langem Fußmarsch für sein Produkt erzielen kann. Dass sich diese hohen Transaktionskosten hemmend auf sein Marktangebot auswirken, ist unmittelbar einleuchtend.

¹⁵ Ähnlich positive Ergebnisse erzielte eine Studie von BADIANE ET AL. (1998) in Madagaskar.

Tabelle 12: Kennzeichen des Marktzugangs von 200 Dörfern in Madagaskar

Region	% der Dörfer, die einen lokalen Erzeugermarkt besitzen	Durchschnittliche Entfernung zum Markt (für Dörfer mit Markt ist die Entfernung 0 km)	Durchschnittliche Zeit für den Weg zum Markt	Prozentualer Anteil der Wege zu Fuß (%)	% der Dörfer mit Lebensmittel-laden für die Grundbedürfnisse
Majunga Plaines	5,9	6,64	1,70	71,8	95,9
Majunga Plateaux	2,0	21,41	4,70	57,3	74,9
Fianar Haut-Terres	4,3	6,30	1,22	95,7	22,0
Fianar Côtes/ Falaise	16,7	4,31	0,89	100,0	76,8
Vakinankaratra	11,0	8,27	1,41	92,8	61,7
All regions	8,0	9,71	2,03	86,6	56,1

Quelle: MINTEN ET AL (1998).

Ländliche Institutionen. In ihrer Länderstudie zu Agrarmarktrefor-men in Afrika zeigen KHERALLAH ET AL (2000), dass Preisanreize für Landwirte aufgrund der SAP sowohl für Nahrungsmittel als auch Exportkulturen eintraten, aber nicht hinreichend waren für die Steigerung von Produktion, Marktangebot und Einkommen der Landwirte. Die in Afrika enttäuschend geringe Angebotsreaktion, die insbesondere für Kleinbauern festgestellt wurde, ist durch unzureichende institutionelle Faktoren bedingt, wie z.B. des Fehlens genossenschaftlicher Institutionen für Kleinbauern zur **Nutzung von Skaleneffekten** und zur **Stärkung ihrer Verhandlungsmacht** (siehe z.B. KHERALLAH ET AL, 2000; MINTEN ET AL., 2000; AKIYAMA ET AL., 2003; JAYNE ET AL., 1998; MINOT ET AL., 2000).

Wie oben aufgezeigt, sind aus Gründen des Umweltschutzes und der begrenzten Verfügbarkeit geeigneter landwirtschaftlicher Nutzflächen insbesondere Steigerungen der Erträge auf bereits erschlossenen landwirtschaftlichen Flächen notwendig. Diese erfordern die Innovation (siehe hierzu Hypothese 3) und Adoption ertragssteigernder landwirtschaftlicher Technologien, die den standortgerechten Einsatz von Bewässerungstechnik, Mineral¹⁶- oder organischem Dünger, integrierter Tierhaltung, Saatgut sowie geeignete Methoden zum Pflanzenschutz und zur Erhaltung der Tiergesundheit einschließen. Die **Adoption entsprechender Technologien** ist jedoch von einer Reihe sozioökonomischer und institutioneller Faktoren abhängig. Hierzu gehören auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe und Haushalte der Ausbildungsstand der Landwirte, die Betriebsgröße und Eigentumssituation (FEDER ET AL., 1985).

¹⁶ Der Mineräldüngereinsatz in Afrika lag in den letzten zwei Jahrzehnten zwischen 8 und 10 kg Reinnährstoff pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Im Vergleich hierzu liegen die durchschnittlichen Pro-Hektar-Intensitäten für das Wirtschaftsjahr 1996/97 weltweit bei 100 kg pro Hektar, in entwickelten Ländern bei 86 kg (ohne Einrechnung der massiven Importe von Pflanzennährstoffen aufgrund von importierten Futtermitteln aus Entwicklungsländern), in Lateinamerika bei 71 kg und im extremen Fall von Ost- und Südostasien bei 238 kg. Es ist offensichtlich, dass bei solch niedrigen Düngungsraten in Afrika (bei gleichzeitig weitgehendem Fehlen von integrierter Tierhaltung und Pflanzenproduktion) die Nährstoffbilanzen auf afrikanischen Böden seit langem negativ sind und zur Degradation und Verarmung der Böden beitragen (KHERALLAH ET AL., 2000).

Insbesondere die modernen systemökologischen Ansätze zur nachhaltigen Landwirtschaft setzen hohe Anforderungen weniger an die Verfügbarkeit externer Betriebsmittel als vielmehr an die Managementfähigkeiten und das Wissen der Landwirte (FAO, 2002), die nur durch anspruchsvolle Beratungsinstitutionen und Organisationsstrukturen der Landwirte sichergestellt werden können. Hinzu kommen andere sozioökonomische Faktoren wie das **Sozialkapital** (ZELLER, 1998; FAFCHAMPS & MINTEN, 1999), die den betrieblichen Zugang zu Institutionen für landwirtschaftliche und Umweltberatung, Kredit, Rechtsberatung und Rechtsprechung beeinflussen. Im folgenden soll auf die Institutionen zur Regelung des Zugangs an Kapital und Land näher eingegangen werden.

Rurale Finanzinstitutionen. Da Transaktionskosten zum Teil Fixkostencharakter aufweisen, sind Kleinbauern im Zugang zu Märkten und Institutionen grundsätzlich benachteiligt im Vergleich zu größeren Betrieben. Insbesondere der Zugang zu Agrarkrediten ist im Rahmen der Strukturanpassungs- und Marktliberalisierungsprogramme zurückgegangen (ZELLER, 2003; KHERALLAH ET AL., 2000). Zwar waren die staatlichen Finanzinstitutionen vorher hochsubventioniert und ineffizient, doch wurden trotz gegenteiliger Voraussagen kaum neue privatwirtschaftliche Finanzinstitutionen nach der Liberalisierung des Finanzmarktes gegründet, um in ländlichen Regionen und mit Landwirten und Agribusinessunternehmen zu kooperieren und insbesondere mittelfristige Kredite für Investitionen anzubieten (FAO, 2004). Des Weiteren fand auch keine signifikante Ausweitung des informellen Kredits statt (STEELE ET AL., 1997; MOSLEY, 1999), wie es z.B. von ADAMS & FITCHETT (1992) durch den Wegfall subventionierter Kredite nach der Liberalisierung erwartet wurde.

Bodeneigentumsverfassung. Interessanterweise konnte die populäre Hypothese, dass Privateigentum an Boden zu höheren Investitionen in die Bodenfruchtbarkeit und den Anbau von mehrjährigen Kulturen führt, nicht empirisch belegt werden, sofern die alternativen kommunalen Eigentumsformen in einen lokal anerkannten institutionellen Rahmen eingebettet sind, der die informellen Nutzungsrechte und -pflichten garantiert. QUISUMBING & OTSUKA (2001) fassen ihre Ergebnisse für Ghana und Sumatra folgendermaßen zusammen: „There is no strong statistical evidence to support popular arguments that customary land tenure in Ghana and Sumatra discourages commercial agroforestry. Indeed, commercial trees have been planted under communal ownership as widely and actively as under the private ownership systems. However, once trees are planted, the communal ownership system is converted de facto to private ownership.“ Die indigenen kollektiven Eigentumsformen in Afrika, deren Hauptmerkmal die temporäre, aber durchaus über Generationen hinweg gültige Allokation von Boden durch den Dorfchef ist, zeigen sich wandelbar im Zuge eines höheren Bevölkerungsdrucks (BRUCE & MIGOT-ADHOLLA, 1994; QUISUMBING & OTSUKA, 2001). Bei hoher Bodenknappheit wird das an sich durch die Dorfgemeinschaft begründete Nutzungsrecht individuell auf Dauer beansprucht, so dass **informell sanktioniertes de facto Eigentum** entsteht, welches tatsächlich durchgesetzt wird, wie die Praxis von Erbfolge, Landpacht und Landverkäufen in Gebieten ohne formelle private Eigentumsverfassung in Malawi und Madagaskar¹⁷, Kenya und Ruanda zeigen (PLACE & HAZELL, 1993 und 1994). Daher sollte die Verbriefung privater Bodeneigentumsrechte eher dem informellen Prozess der allmählich fortschreitenden

¹⁷ Eigene Beobachtungen in Malawi und Madagaskar.

Individualisierung des Bodeneigentums folgen, anstatt ihn umgehen zu wollen. QUISUMBING & OTSUKA (2001) weisen auf die Risiken einer zu raschen Privatisierung und Verbriefung von Eigentumsrechten an Boden - insbesondere für Frauen und ärmere Bevölkerungsgruppen - hin, welche reicheren städtischen Eliten die Möglichkeit des Landkaufs gibt¹⁸ und das informelle soziale Sicherungssystem der Landvergabe durch den Dorfcchef verdrängt, ohne andere formelle soziale Sicherungssysteme zu schaffen.

Obige Ausführungen sollen jedoch keinesfalls außer Frage stellen, dass formal verbrieft Privatbesitz an Boden den Zugang zu sachlich gesicherten Bankkrediten verbessert, die **Risikobereitschaft** erhöht und die **Verletzbarkeit** von Haushalten senkt. All dies führt tendenziell zu einer rascheren Adoption von Technologien und Anpassung an veränderte Marktbedingungen. Geringe Preisangebotsreaktion zeigten landwirtschaftliche Betriebe und Haushalte mit folgenden Charakteristika:

- geringe Betriebsgröße,
- weiblicher Haushaltsvorstand,
- hohe Zahl von Kindern oder wirtschaftlich Abhängigen,
- geringer Ausbildungsstand,
- große Marktentfernung,
- geringer Selbstversorgungsgrad des Haushaltes und/ oder hohe Volatilität von heimischen Märkten für Nahrungsmittel und
- geringes Sozialkapital des Haushaltes (gemessen etwa durch Mitgliedschaften in informellen und formellen Gruppen, welche soziale und wirtschaftliche Funktionen erfüllen).

Es sind daher die ärmeren, kleineren, und marktfernten Betriebe, die von der Liberalisierung der Agrarmärkte wenig profitieren konnten, und welche aufgrund ihrer hohen Verletzbarkeit und ihren mangelnden Möglichkeiten zur Stabilisierung des Einkommens und des Konsum sich subsistenzorientiert und risikoabgeneigt verhalten (ZELLER, 2001). Wir schließen unsere Diskussion mit einem Negativbeispiel und einem Positivbeispiel in Afrika ab.

Madagaskar: Madagaskar ist ein Land, das seit der Unabhängigkeit von einem für Afrika sehr hohen Entwicklungsniveau mehr und mehr in die Armut sinkt. Wesentliche Gründe für den Entwicklungsrückstand sind ein sozialistisches Experiment in den 70er Jahren, halbherzige Strukturanpassung und politische Krisen in den 80er und 90er Jahren sowie Geberinstitutionen, die immer weniger in Agrarforschung, ländliche Infrastruktur und Institutionen investieren, und eine zunehmende Korruption und Probleme der Regierbarkeit während der letzten Dekade¹⁹. Seit Madagaskar als Hort endemischer Biodiversität Mitte der 80er Jahre von den Gebern entdeckt wurde und als eines der ersten (und ärmsten) Länder die Konvention zum Schutz von Biodiversität unterschrieben hatte, ist Madagaskar zum Lieblingsobjekt für externe Naturschutzprojekte in Afrika geworden. Man sagt in Madagaskar auf der Straße: *Die Lemuren haben es besser als wir.*

¹⁸ Siehe hierzu IZUMI, 1999, zitiert in DJURFELDT (2003), der derartige Konsequenzen aus der Reform des Bodenrechtes in Tansania aufzeigt.

¹⁹ Im Hinblick auf den weltweit erhobenen Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International liegt Madagaskar gemeinsam mit drei anderen Ländern auf Platz 88 von 133. Der Korruptionswahrnehmungsindex bezieht sich auf die Einschätzung von Geschäftsleuten, Akademikern und Risikoanalytikern und kann die Werte zwischen 10 (keine Korruption) und 0 (höchst korrupt) annehmen. Madagaskars Index basiert auf drei Fragebogenquellen und beträgt 2,6.

Tatsächlich wenden viele nationale Geber (z.B. USAID mit über 50% ihres Etats Mitte der 90er Jahre) einen großen Teil ihrer Mittel für Umwelt- und Naturschutz auf, insbesondere für den Schutz der verbliebenen Primärwälder. Auf die Bekämpfung der Ursachen der fortschreitenden Entwaldung wird dagegen kaum eingegangen. Diese sind (nach MINTEN & ZELLER, 2000):

- die extreme und im Lauf der 90er Jahre ansteigende ländliche Armut,
- die geringe Flächenproduktivität, insbesondere im Nassreisbau, die die Landwirte zwingt, den Regenfeldbau auf unfruchtbaren und leicht erodierbaren Böden auszuweiten oder in Waldgebiete zu migrieren,
- die völlig unzureichende ländliche Infrastruktur, welche in vielen Regionen der Insel zu einem sehr begrenzten Zugang zu Institutionen der Agrarberatung, Inputmärkte und Technologie führt,
- und die geringen Investitionen in die landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung durch Regierung als auch bi- und multilaterale Geber.

Malawi. Dass Strukturanpassungs- und Agrarmarkliberalisierungspolitik auch positive Effekte für Einkommen von Kleinbauern, Pächtern und Landarbeitern mit sich bringen kann, zeigt das Beispiel der Reform des Tabakmarktes in Malawi in den Jahren 1990-1996, die auf Druck der Geber im Zuge der SAP-Konditionalität durchgesetzt wurde.

Die malawische Regierung übernahm aus der Kolonialzeit die Politik, dass bestimmte Exportfrüchte – unter anderem der lukrative, aber arbeitsintensive **Tabakanbau** – nur auf sogenannten Estates, d.h. größeren landwirtschaftlichen Betrieben mit verbrieftem Eigentumstitel, angebaut und verkauft werden durfte. Sowohl für die verbliebenen kolonialen Siedler, die in- und ausländischen Agribusinessfirmen, und insbesondere für die Mitglieder der Banda-Regierung ermöglichte diese Politik lukrative Erlöse auf dem Rücken der Kleinbauern und ländlichen Armen. Auf Druck der Geber, allen voran der Weltbank, führte die malawische Regierung 1991 ein Pilotprogramm durch, welches insgesamt 7600 Kleinbauern auf kommunalem Land ohne verbrieften Eigentumstitel erlaubte, Tabak innerhalb einer Produktionsquote von 3 Millionen Tonnen anzubauen und an die staatliche Vermarktungsorganisation ADMARC zu verkaufen, allerdings zu einem geringeren als dem inländischen Marktpreis. Die Nachfrage nach **Produktionsquote** durch die Kleinbauern war sehr hoch, und der Erfolg des Programms zusammen mit der demokratischen Wahl einer neuen Regierung und den hierfür erforderlichen Wahlkampfversprechungen führte dazu, dass die Quote im Zeitraum 1992-1996 schrittweise erhöht wurde und die Kleinbauern sowohl an Privathändler als auch über ihre eigenen Erzeugerorganisationen den Tabak zu dann höheren Preisen verkaufen konnten. Die Folge dieser Marktöffnung für Kleinbauern war, dass die vergleichsweise ineffizienten Estates immer mehr Produktions- und Marktanteile für diese arbeitsintensive Kultur verloren. Angesichts der offensichtlichen Erfolge dieser Marktliberalisierung revidierte die malawische Regierung 1996 den Special Crops Act, und erlaubte Kleinbauern uneingeschränkt die Produktion und Vermarktung von Tabak. Da Tabak sowohl arbeits- als auch kapitalintensiv ist, jedoch deutlich höhere Deckungsbeiträge als die Konkurrenzfrucht Hybridmais aufweist, wird Tabak eher von den relativ etwas besser gestellten landwirtschaftlichen Haushalten angebaut. Andere Faktoren der Adoption des Tabakanbaus ist der Zugang zu Kredit, zu sicheren Nahrungsmittelmärkten, und der Ausbildungsstand (ZELLER ET AL., 1998). Im Jahr 1998/99, also drei Jahre nach der vollständigen Liberalisierung des Tabakmarktes lag der Anteil der Kleinbauern an der Tabakproduktion Malawis bei 80% (HARRIGAN, 2003). Gleichzeitig stellten viele der ineffizienten Estates ihre Produktion ein, unter anderem auch dadurch, dass ihre ehemaligen Landarbeiter selbst zu Tabakproduzenten

wurden und nicht mehr für einen Hungerlohn auf den Estates arbeiten wollten. Um die Bedeutung dieser Reform zu unterstreichen, soll abschließend erwähnt werden, dass der Verkauf von Tabak etwa 70% der Exporterlöse Malawis ausmacht.

3.4 Hypothese 4: Die Vernachlässigung des Agrarsektors durch die afrikanischen Regierungen hält an und wird vom Protektionismus der OECD-Länder noch verstärkt

Wie in Madagaskar, so hat auch in anderen Ländern südlich der Sahara der einseitige Politikfokus auf städtische und eigene Machtinteressen der Regierung zu einer Vernachlässigung der Agrarentwicklung und des Umweltschutzes in ländlichen Gebieten geführt. Kennzeichnend für die **Diskriminierung des Agrarsektors** durch die afrikanischen Regierungen sind die geringen Investitionen in ländliche Infrastruktur und Agrarforschung und -beratung und die Überbewertung der Wechselkurse mit der Konsequenz, dass (Nahrungsmittel-)Importe verbilligt und (Agrar-) Exporte durch die sinkenden Exportpreise in heimischer Währung belastet werden.

Wenngleich die einseitige Besteuerung – besonders der landwirtschaftlichen Exportwirtschaft - im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren im Zuge der SAP geringer geworden ist, so haben wir bereits oben beschrieben, dass die direkten Interventionen in den landwirtschaftlichen Binnenmärkten je nach Land in unterschiedlichem Maße abgebaut wurden und korrigierende Preis- und Effizienzeffekte nur bei konsequenter Implementierung der Reformen eintraten. Die Diskriminierung des Agrarsektors und der ländlichen Entwicklung durch afrikanische Regierungen wird durch die sinkende Bedeutung der Hauptagrarexportprodukte der Region auf dem Weltmarkt²⁰ sowie die Außenprotektion und Exportförderung des Agrar- und Ernährungssektor der OECD-Länder noch verstärkt (NG & YEATS, 1996).

Die Wettbewerbsverzerrungen in den Weltagrarmärkten durch **Exportsubventionen** sind seit dem Inkrafttreten des GATT-Abkommens der Uruguay-Runde (Uruguay Round Agreement on Agriculture, URAA) im Jahr 1995 zwar gesunken, jedoch verzichtet insbesondere die EU nur langsam auf die interne Agrarmarktstabilisierung durch den direkten und indirekten Außenschutz²¹ (s. Box 1²²).

²⁰ Der Anteil Sub-Sahara-Afrikas am weltweiten Export betrug 2000 nur noch 1,0% (gegenüber 20% in Südostasien) (UNCTAD, 2003), und die ärmsten Länder (LDC) sind heute trotz weltweiter Handelsliberalisierungen in den neunziger Jahren mit gar nur 0,53% am Welthandel beteiligt (VENRO, 2003).

²¹ Z.B. diskutiert VERWER (2001) den negativen Einfluss von Milchpulverimporten und Nahrungsmittelhilfe der EU auf den heimischen Milchmarkt in Tansania.

²² Die „Producer Support Estimates“ der OECD beinhalten u.a. Marktpreisstützungen (erhöht gegenüber dem Weltmarktpreis eines Agrarproduktes), produktions- und betriebsmittelbezogene Zahlungen sowie flächen- und tierzahlbezogene Ausgleichszahlungen (OECD, 2003).

Box 1: Stand der internen Agrarsubvention in den OECD-Ländern

Die Vorgaben des URAA-Abkommens von 1995 sahen bis 2000 eine Reduktion der Exporterstattungen und mit Erstattungen exportierten Mengen vor, die um 36 bzw. 20% niedriger als 1986-88 liegen sollten und von einigen Ländern unter den geltenden Vorgaben noch unterschritten wurden. Dennoch sind die gesamten „Producer support estimates“ (PSE) in der EU zwischen 1986-88 und 1995 nur von 40 auf 37% des gesamten Betriebseinkommens (definiert als Produktionswert plus staatliche Zuwendungen) gesunken und seitdem kaum mehr (OECD, 2001).

Das wichtigste Instrument des OECD-Protektionismus²³ stellen die Marktpreisstützungen dar, die den OECD-Landwirten 1999-2001 im Ergebnis einen durchschnittlich 31% über dem (an der Grenze gemessenen) Weltmarktniveau liegenden Preis bescherten (BEGHIN & AKSOY, 2003).

So ist beispielsweise die (über Quoten begrenzte) Marktpreisstützung für Milch, die den Großteil der gesamten PSE für Milch ausmachen, in der EU zwischen 1995 und 2002 nur geringfügig und inklusive starker Schwankungen von 19.524 auf 17.310 Mio Euro, bei Weizen dagegen von 1.589 auf 199 Mio Euro gesunken. Im Gegenzug wurden allerdings die Flächenprämien (als produktions_mengen-unabhängige Stütze) für Weizen im gleichen Zeitraum von insgesamt 6.287 auf 8.494 Mio Euro erhöht. Damit entspricht 2002 die gesamte finanzielle Unterstützung der Landwirte (Unit PSE) für Weizen noch 97 Euro je produzierter Tonne, für Milch 158 Euro/ t (OECD, 2001).

Umgerechnet beträgt die durchschnittliche Pro-Kopf-Subvention der Landwirte in der EU jährlich ca. 16.000 US \$ und in den USA 21.000 US \$ (KULESSA & OSCHINSKI, 2003).

Die gescheiterten WTO-Verhandlungen 2003 in Cancún waren daher vom Unmut vor allem der wachsenden, exportorientierten Entwicklungsökonomien wie Brasilien, Indien und Argentinien geprägt, denen der bisherige Subventionsabbau der OECD-Staaten nicht weit genug geht und die ihre eigene Konkurrenzfähigkeit dadurch geschwächt sehen, dass zum einen der eigene Agrarsektor durch die subventionierten Überschüsse der Industrieländer gefährdet wird und zum anderen der Marktzugang für ihre konkurrenzfähigen Agrar- und Textilprodukte beschränkt geblieben ist (KULESSA & OSCHINSKI, 2003). Mit Blick auf die am wenigsten entwickelten (LDC-) Länder Afrikas allerdings wird das Scheitern der derzeitigen Verhandlungen auf der Basis der revidierten Harbinson- Vorschläge vom März 2003 von Nicht-Regierungsorganisationen²³ als Erfolg gewertet, da der **Wegfall der Sonderkonditionen**, zu denen sie bisher vor allem in die EU exportieren konnten, ihre Situation vor dem Hintergrund einseitiger Exportstrukturen und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit (OECD, 2001) zunächst erheblich verschlechtern könnte²⁴.

Zur Frage der Konsequenzen der Agrarmarkliberalisierung entsprechend dem URAA von 1995 und der Doha-Deklaration von 2001 für die Entwicklungsländer sind eine Vielzahl von Studien erschienen. Je nach verwendeter Methodik kommen die Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen, wobei sie jedoch weitestgehend darin übereinstimmen, dass sie zumindest kurzfristig die meisten der Entwicklungsländer, insbesondere **Netto-Importländer von Nahrungsmitteln**, durch die verschlechterten

²³ Vgl. beispielsweise die Beiträge von Germanwatch unter <http://www.germanwatch.org/tw/agrar.htm>, dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. unter <http://www.2015.venro.org/> und der Schweizer Koordination Gerechter Welthandel, einem Zusammenschluss von über 40 Organisationen, unter http://www.swisscoalition.ch/deutsch/pages/T/T_Ho.htm.

²⁴ Zu diesen Sonderkonditionen gehören z.B. die „Everything but arms“-Initiative der EU, die den LDC-Ländern seit 2001 einen zoll- und quotenfreien Marktzugang (mit Ausnahme von Reis, Zucker und Bananen bis spätestens 2009) unter strengen Auflagen zugesteht sowie das 2003 ratifizierte Cotonou-Abkommen zwischen der EU und 77 AKP-Staaten zu Handel, Dialog und Entwicklungszusammenarbeit als Nachfolger der Lomé-Abkommen (VENRO, 2003).

Terms of Trade und Verluste bei der Konsumentenrente zu den Verlierern der Uruguay-Runde zählen (s. Box 2, vgl. auch HARRISON ET AL., 1997).

Box 2: Auswirkungen von Weltmarktpreiserhöhungen durch Agrarmarkliberalisierung

Die auf der Basis von Warenmarktstudien geschätzten Erhöhungen der Weltmarktpreise durch globale Agrarmarkliberalisierung liegen bei 10-20% für Baumwolle, 15-20% für Erdnüsse, 20-40% für Zucker und Milch und bis zu 90% für Reis (Beghin & Aksoy, 2003). Demnach gehören also selbst bei bremsenden Effekten durch fehlende interne Marktintegration und vorhandene Substitutionsprodukte (Beghin & Aksoy, 2003) die Landwirte (und angrenzende Industrien) entsprechender Produkte in den Entwicklungsländern zu den Gewinnern, wie es im Fall einer Senkung der hohen Baumwollsubventionen in den USA (s. das Agreement on Textiles and Clothing), Griechenland und Spanien für westafrikanische Baumwollproduzenten in Burkina Faso, Benin, Tschad, Mali und Togo zuträfe. Ein anderes Beispiel sind die US-Zollschranken für Erdnussprodukte, deren Reduktion ebenfalls für afrikanische (und lateinamerikanische) Produzenten positive Wohlfahrtseffekte hätte (Beghin & Aksoy, 2003), was sich zweifelsohne auch positiv auf die ländliche Armut in den betroffenen Regionen auswirken würde. Auf der anderen Seite können die Preiserhöhungen für Netto-Importländer und arme Konsumenten innerhalb eines Landes gravierende Verschlechterungen der Ernährungs- und Lebenssituation mit sich bringen, die in hoch verschuldeten Ländern zu lang anhaltenden Krisen führen können (VENRO, 2003).

Auf der Basis ihres Computable general equilibrium (CGE)-Ansatzes leiten Harrison et al. (1997) allerdings langfristig einen positiven globalen Wohlfahrtseffekt ab und betonen im Gegenzug mit Blick auf die Regierungspolitik der betroffenen Länder, dass insbesondere der Abbau der internen Besteuerung des Agrarsektors enorme Wohlfahrtseffekte für die Gesamtwirtschaft hätte. Tatsächlich errechnen ANDERSON ET AL (2001), dass 60% der Kosten, die den Entwicklungsländern durch **Barrieren im internationalen Marktzugang** entstehen, von den Ländern selbst verursacht werden, 40% dagegen von den Industriestaaten – vorwiegend durch Zugangsbeschränkungen auf den Agrar- und Textilmärkten.

In diesem Zusammenhang zeigen BOUET ET AL (2003) allerdings die Notwendigkeit auf, zwischen den verschiedenen Gruppen von Entwicklungsländern entsprechend der für sie geltenden Vorzugsabkommen im Marktzugang zu unterscheiden, da ansonsten z.B. Sub-Sahara-Afrika als Gesamtregion im Ergebnis positivere Wohlfahrtseffekte bei den Handelsliberalisierungen erzielt, als es unter Ausschluss Südafrikas für die benachbarten Netto-Importländer tatsächlich der Fall sein dürfte. Dieser Sachverhalt gehört zu den vielfältigen von BOUET ET AL (2003) beschriebenen problematischen Annahmen und Restriktionen der CGE-Modelle²⁵, die sie durch die Benutzung eines modifizierten MIRAGE-Modells umgehen. Dabei werden begünstigende Handelsabkommen (wie etwa für die AKP-Staaten) und eine entsprechende geografische Disaggregation berücksichtigt. Ihre Ergebnisse zeigen, dass der **Außenprotektionismus in der EU** vor der Doha-Runde für AKP-Staaten im Durchschnitt um ein Sechsfaches niedriger lag als für die landwirtschaftlichen Exportländer der Cairns-Gruppe und die USA. Eine Liberalisierung des Marktzugangs nach „Harbinson 1 ½“

²⁵ BOUET ET AL. (2003) zitieren hier u.a. CGE-Analysen von HERTEL ET AL. (2000), BEGHIN ET AL. (2002) und DIMARANAN ET AL. (2003).

brächte den Cairns-Staaten und den USA demnach eine Protektionsreduktion von durchschnittlich je 13% (im Agrarhandelssektor), den AKP-Staaten dagegen von nur 1%, womit diese durch die Handelsliberalisierung erheblich verlieren würden (BOUET ET AL., 2003).

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der Effekt der Handelsliberalisierung auf die Agrarentwicklung und Armutsminderung in Sub-Sahara-Afrika differenziert zu betrachten und von einer Reihe von Voraussetzungen abhängig ist. Zu diesen gehören zum einen die institutionellen und infrastrukturellen Ausgangsbedingungen in den afrikanischen Ländern selbst (HARRISON ET AL., 1997; ANDERSON ET AL., 2001). Im günstigen Fall können diese auf der Basis von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und stabilen Institutionen eine angemessene Anpassungsreaktion in den Produktions- und Handelsstrukturen und die verstärkte Ausrichtung der Agrarpolitik auf wirtschaftliche Diversifizierung und (kleinbäuerliche) landwirtschaftliche Entwicklung ermöglichen. Beispiele dafür, das auch afrikanische Länder von einer Agrarmarkliberalisierung profitieren können, sind Südafrika und Mosambik. Hierbei ist insbesondere die interne **Anpassungsfähigkeit der afrikanischen Regierungen** eng mit den politischen Strukturen und der Regierungsfähigkeit eines Landes verbunden, auf die im folgenden Kapitel näher eingegangen werden soll. Des weiteren weisen wir im Zusammenhang der PRSP-Initiativen (s.u.) darauf hin, dass auch das Tempo der Reformen die innergesellschaftliche Anpassungsfähigkeit maßgeblich beeinflussen kann (vgl. auch VENRO, 2003).

Zum anderen haben die zitierten Studien gezeigt, dass die Protektionspolitik der Industrieländer sowie das geschlossene Auftreten der afrikanischen Länder und ihre Verhandlungsfähigkeit bei den internationalen Agrarverhandlungen – insbesondere in Bezug auf Vorzugsabkommen für AKP-Staaten - eine entscheidende Rolle für die zukünftige Entwicklung des afrikanischen Agrarsektors spielen werden.

Entsprechend hält die Afrikanische Union seit ihrem ersten Gipfeltreffen in Mosambiks Hauptstadt in der sogenannten **Moputu-Deklaration** ihre nicht ganz uneigennützig Besorgnis über das „anhaltende Aufzwingen neo-liberaler Politik von außen, den fehlenden (eigenen) politischen Willen zum nachhaltigen Ressourcenmanagement sowie die Plünderung und ungerechte Verteilung lokaler Ressourcen“ fest²⁶. Die Tatsache, dass die Deklaration die Organisationsmitglieder u.a. aber auch dazu aufruft, ländlichen Gemeinden zukünftig den Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen zu sichern, sowie Vermarktung, Beratung, Kreditzugang und Forschung im Agrarbereich zu unterstützen, lässt allerdings auch die zarte Hoffnung auf eine Korrektur der politischen Vernachlässigung des Agrarsektors aufkeimen. Ob dies jedoch für eine positive Trendwende in der afrikanischen Agrarpolitik ausreicht, mag auch angesichts der Haltung der internationalen Geberinstitutionen bezweifelt werden, die in den letzten Jahren kontinuierlich zur Vernachlässigung des Agrarsektors in der afrikanischen Entwicklungspolitik beigetragen haben, wie im folgenden beschrieben.

²⁶ Der Originaltext dieser Stelle in der Präambel lautet: „We are deeply concerned about the continued imposition and adoption of neo-liberal policies that continue to impoverish the African people; (...) the lack of political will to resolve the exploitation and mismanagement of natural resources in particular energy, water, minerals, flora and fauna and marine resources; plundering, mismanagement, removal of local resource management and lack of benefit sharing, through inter alia biopiracy, promotion of genetically modified organisms and patents on life and life processes (...)“ (vgl. im Internet unter: http://www.rio10.dk/index.php?a=show&doc_id=1541).

3.5 Hypothese 5: Poor Governance und sinkende Entwicklungshilfe für den Agrarsektor als Grund für unzureichende (Agrar-) Entwicklung?

Bevor wir auf den Zusammenhang von Entwicklungshilfe und Good Governance eingehen, soll zunächst die aktuelle Entwicklung der externen Finanzhilfen für den Agrarsektor betrachtet werden.

Auf den ersten Blick ist in der Vergangenheit von 1974 bis 1990 eine im Durchschnitt stetige Steigerung der bei den Entwicklungsländern eingehenden Finanzhilfen (**Official development finance**, ODF) für den Agrarsektor zu verzeichnen (vgl. Abbildung in Anhang 4), die sich allerdings nur auf die *absoluten* Zahlen bezieht und starke Schwankungen sowie einen deutlichen Einbruch in den 80er Jahren beinhaltet. Diese Beobachtung wird mit Blick auf die *relativen* Zahlen revidiert. Demnach hat sowohl die bilaterale als auch – und vor allem – die multilaterale ODF für den Agrarsektor zwischen 1980 und 1990 stark abgenommen, sodass in diesem Zeitraum der Anteil der ODF-Finanzmittel für die Landwirtschaft am Gesamtumfang der ODF von über 20% auf unter 14% gesunken ist (Anhang 5).

Auch in bezug auf die **Official development assistance** (ODA), die einen Großteil der ODF ausmacht²⁷, ist der für den Agrarsektor vorgesehene Anteil dieser Zahlungen von etwa 30% in den 80er Jahren auf etwa 15% in den 90er Jahren gesunken. Dies trifft insbesondere für die multilaterale Agrarhilfe zu, die 1991-1995 um 38% unter den Zahlungen von 1981-1985 lag (vgl. auch Tabelle 13), während die Reduktion bei den bilateralen Zahlungen 19% betrug (FAO, 1999).

Tabelle 13: ODA-Zahlungen für den Agrarsektor 1986-1996 (in Mio US \$ von 1995)

	ODA für Agrarsektor (Mio US \$)	Davon multilaterale ODA (Mio US \$)
Durchschnitt 1983-85	19,5	11,6
Durchschnitt 1986-88	19,2	10,3
1989	17,6	8,6
1990	13,9	8,8
1991	13,2	8,8
1992	13,3	7,9
1993	11,2	6,7
1994	12,9	8,7
1995	11,3	6,7
1996	11,6	6,7

Quelle: verändert nach Zahlen der FAO (1999, S. 7-8)

Wenngleich in diesem Zeitraum parallel die Privatinvestitionen in Form des Foreign direct investment (FDI) insgesamt stark gestiegen sind, ist die Reduktion der

²⁷ Die ODF bezieht sich auf die bei den Entwicklungsländern eingehenden öffentlichen Finanzhilfen von Weltbank, IWF, anderen internationalen Organisationen und individuellen Geberländern (inkl. Darlehen). Dagegen umfasst die ODA, die einen Großteil der ODF ausmacht, die von Geberseite, d.h. den OECD-Mitgliedsstaaten, gezahlten öffentlichen Finanzmittel an Entwicklungsländer und multilaterale Organisationen, die zu einem Anteil von mind. 25% aus Kapitalbeihilfen ohne Rückzahlung bestehen und vorwiegend für die wirtschaftliche Entwicklung der LDC-Länder gedacht sind (s. Definitionen des World Factbook im Internet unter <http://www.lexas.info/definitions.htm>).

öffentlichen Finanzhilfen insofern gravierend, als dass sie eine viel größere Bedeutung für arme Länder haben. Da die afrikanischen Länder kaum das Vertrauen privater Investoren gewinnen, ist Afrikas Kapitalimport im Gegensatz zu Asien weiterhin im wesentlichen auf öffentliche Geber angewiesen. Demnach machte die ODF in Sub-Sahara-Afrika 1995 durchschnittlich 7,6% des Brutto-Inlandproduktes und in hochverschuldeten armen Ländern gar 11,6% aus, Privatinvestitionen dagegen nur 1,2% bzw. 0,1% (FAO, 1999).

Hier stellt sich zusätzlich zur Diskussion um die notwendige Reorientierung der Entwicklungshilfe auf den Agrarsektor die spannende Frage, wie effektiv die Finanzhilfen im Empfängerland zu Wirtschaftswachstum und Entwicklung beitragen können und inwiefern dies von den Regierungsstrukturen eines Landes abhängt. In einem viel zitierten Papier testen BURNSIDE & DOLLAR (2000) die Hypothese, dass Entwicklungshilfe in Ländern mit effektiven Regierungsstrukturen (**Good Governance**)²⁸ Früchte trägt, während sie in Entwicklungsländern mit Problemen wie Korruption, Machterhalt, Cliqueswirtschaft, mangelnder Partizipation der Bevölkerung und Beschränkung der Pressefreiheit ohne positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum versandet²⁹. BURNSIDE & DOLLAR (2000) untersuchen die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftspolitik, Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens und den vorherrschenden Regierungsstrukturen mit Hilfe eines neuen Paneldatensatzes für Entwicklungsländer, der auch ODA-Gelder als Variable enthält. In ihren Regressionen ist der Interaktionsterm zwischen der Höhe von ODA-Entwicklungshilfegeldern und dem Gütemaß von Governance signifikant positiv.

Allerdings fanden HANSEN & TARP (2001, zitiert in GOMANEE ET AL., 2002) unter Benutzung des gleichen Datensatzes auch unabhängig von den politischen Strukturen einen positiven **Einfluss von Entwicklungshilfegeldern** auf das Wirtschaftswachstum fest und stellen damit den großen Einfluss der Governance-Variable in Frage³⁰. Selbst wenn Entwicklungshilfe also auch unabhängig der politischen Strukturen zu Wirtschaftswachstum beitragen kann, lassen „War Lords“ und ethnische Milizen in einigen Staaten jegliche Entwicklungsinitiative fragwürdig erscheinen, da sie selbst unter der Annahme tatsächlicher Erfolge auf wirtschaftlicher Ebene keine entsprechenden Erfolge im humanen, sozialen und Umweltbereich erwarten lassen, also in Bereichen, um die es letztlich in der entwicklungspolitischen Diskussion geht.

Während die Ergebnisse der BURNSIDE & DOLLAR-Studie bei alternativen Spezifikationen laut EASTERLEY (2003) nicht robust sind, hatten sie dennoch einen direkten Einfluss auf die Haltung von Gebern in jüngerer Zeit, Länder mit liberalisierten Märkten und Good Governance stärker unterstützen zu wollen als Länder mit unzureichenden Regierungsstrukturen (siehe z.B. WORLD BANK, 1998; ECONOMIST, 2002, zitiert in EASTERLY 2003). In Ländern mit Menschenrechtsverletzungen, Korruption und mangelnder Demokratie ist es sicherlich angemessen, Kapitaltransfer über Nichtregierungsorganisationen zu leisten, welche ineffiziente Regierungen besser umgehen können und insbesondere im humanitären und sozialen Bereich effiziente Entwicklungshilfe leisten können. AMADI (2002) zeigt für Nigeria, dass fortdauernde

²⁸ Zur Diskussion um Definition von Good Governance siehe CHABAL (2002 und 1994).

²⁹ Siehe auch ein Papier von DOLLAR & SVENSSON (1998), das die Ursachen des Erfolges bzw. Misserfolges von SAP-Projekten der Weltbank untersucht und signifikante politisch-institutionelle Faktoren ermittelt.

³⁰ Auch GRIER & TULLOCK (1989) ermitteln, dass ein Wachstum der Regierungsausgaben mit Konsumcharakter in drei von vier regionalen Stichproben (inkl. der OECD) signifikant negativ mit wirtschaftlichem Wachstum korreliert. Insbesondere in Afrika und Lateinamerika belegen sie allerdings auch die negative Korrelation von politischer Repression und Wirtschaftswachstum.

Korruption im öffentlichen Sektor nachhaltige wirtschaftliche Reformen verhindern und selbst ein rohstoffreiches Land wie Nigeria zum Entwicklungsrückschritt zwingt. Die Gefahren einer zunehmenden Korruption können sowohl in der starken aktiven Präsenz des Staates im Wirtschaftssektor - verbunden mit unzureichender Entlohnung und sozialer Absicherung der Staatsbeamten - als auch in ethnischen Interessenkonflikten und einem schwachen Rechtssystem liegen, das bezahlte politische Einflussnahme nicht ahndet. Hierbei ist der Übergang zwischen politischen Strukturen und sozialen Normen fließend, so dass sich einige der von AMADI (2002) empfohlenen Maßnahmen zum Korruptionsabbau - insbesondere der vorgeschlagene Verhaltenskodex für Personen mit gesellschaftlicher Verantwortung - mit den Ergebnissen von KNACK & KEEFER (1997) zur **Bedeutung des Sozialkapitals für Entwicklung** decken. Sie messen auf der Basis von Umfragen in 29 (zumeist industrialisierten) Ländern Vertrauen mit dem prozentualen Anteil der Personen, die angeben, man könne den meisten Menschen in ihrem Land trauen, und ermitteln die Stärke bürgerlicher Normen anhand eines Indexes, der sich aus der jeweiligen Zustimmung zu fünf Indikatoren für gesellschaftliche Verhaltensregeln (z.B. in Bezug auf Schwarzfahren, falsche Steuerangaben, Umgang mit Fundsachen) zusammensetzt. Die Ergebnisse zeigen auf, dass Vertrauen und bürgerliche Normen umso stärker sind je höher das Einkommen und der Bildungsstand, je gerechter die Verteilung und effektiver die machtkontrollierenden Institutionen³¹ und je größer die ethnische (religiöse und linguistische) Homogenität der Bevölkerung, was gerade in Afrika ein einschränkender Faktor für die Bildung von Sozialkapital sein dürfte (PLATTEAU, 1994, zitiert in KNACK & KEEFER, 1997). Der direkte Bezug zum Entwicklungsfortschritt eines Landes ist auf wirtschaftlicher und politischer Ebene dadurch gegeben, dass jede Transaktion – besonders aber jene, die sich wie Investitionen über einen längeren Zeitraum erstreckt oder die zukünftige Entlohnung einer Leistung beinhaltet, - auf das Vertrauen zwischen den Marktbeteiligten angewiesen ist.

Angesichts der hier diskutierten großen Bedeutung von effektiven Regierungsstrukturen und Sozialkapital für die Entwicklung eines Landes sollte von Seiten internationaler Geber daher nur in Länder investiert werden, deren Regierungen die **Menschenrechte** garantieren und ernsthafte Initiativen zu **Demokratie** und Rechtsstaatlichkeit aufweisen. In allen anderen Fällen läuft die externe Entwicklungshilfe Gefahr, korrupte und ineffiziente Regierungen durch das Kaschieren ihres Entwicklungsversagens noch zu unterstützen (vgl. auch CHABAL, 2002). Da das Aufzwingen demokratischer Strukturen und Good Governance genauso erfolgreich ist wie ein Liebesbeweis durch Schläge, kann Entwicklungshilfe die eigene, aus sich erwachsene Entwicklung eines Landes zwar unterstützen, nicht aber ersetzen (vgl. auch EASTERLY, 2003) und muss im Extremfall ihre Verantwortung dadurch wahrnehmen, dass sie sich zurückzieht³².

³¹ Von den Autoren wird ausdrücklich auf die statistischen Indizien einer umgekehrter kausalen Beziehung hingewiesen, so dass Vertrauen und starke bürgerliche Normen nicht nur Voraussetzung für sondern auch Folge von höherer Bildung und Einkommen sein können.

³² Auch aus diesem Grund erhalten derzeit nur 30 der 48 Staaten südlich der Sahara Entwicklungshilfe (TETZLAFF & JACOBEIT, 2003, zitiert in TETZLAFF, 2003).

4 Zusammenfassung und Ausblick

Die Faktoren, die zur Agrarkrise in Afrika geführt haben und zum Teil auch das Scheitern der Strukturanpassungsprogramme bedingten bzw. die Unvollkommenheiten der Strukturanpassungsprogramme verdeutlichen, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- 1) Exogene Faktoren wie Dürre und von außen aufgezwungene politische Krisen, Kriege und Unruhen sowie die zahlreichen hausgemachten inländischen politischen Krisen, zu denen die unzureichenden Investitionen in Agrarforschung und -beratung gehören, die durch den sogenannten **Urban Bias** der Regierungen und das seit Mitte der 80er Jahre sinkende Engagement der Geberorganisationen begründet sind und die angesichts der hohen Verzinsung von Agrarforschungsinvestitionen wirtschaftlich nicht vertretbar sind. Angesichts der bedeutenden Rolle des Agrarsektors für die Armutsbekämpfung und den Umweltschutz in Afrika sind sie auch aus sozialer Sicht noch weniger vertretbar;
- 2) **Mangelnde Investitionen** in Humankapital, ländliche Infrastruktur und Institutionen, die der Mehrheit der Kleinbauern und der ländlichen Bevölkerung direkt zugute kommen und insbesondere während der Strukturanpassungsprogramme vernachlässigt wurden;
- 3) Eine allgemeine **Benachteiligung des Agrarsektors** in der Entwicklungspolitik durch afrikanische Regierungen und die Geberorganisationen, die durch den Agrarprotektionismus der OECD-Länder noch verstärkt wird;
- 4) Ineffiziente Regierungsstrukturen (**Poor Governance**), die im letzten Jahrzehnt zunehmend als Bestimmungsgründe für den Misserfolg in der Entwicklungszusammenarbeit zu Recht herangeführt wurden und auf die besondere politische Verantwortung der Entwicklungshilfe hindeuten.

Sind die jungen (National-) Staaten Afrikas vor diesem Hintergrund in der Lage, auf der Basis gesellschaftlicher Normen und Vertrauen im öffentlichen Sektor (agrar-) wirtschaftliche Entwicklung aus eigener Kraft zu erreichen? Gibt es dazu überhaupt eine Alternative? Angesichts des Missbrauchs von Staatsmacht zum eigenen Machterhalt einiger politischer Eliten in Afrika spricht TETZLAFF (2003, S. 478) provozierend von „inszenierter politischer Selbstzerstörung ohne Not“ und deutet auf das schwierige politische Erbe ehemaliger afrikanischer Kolonialländer hin, deren labile Staatsgebilde im Gegensatz zu Europa und Asien das Produkt externer Akteure sind. Dabei scheint auch bei den afrikanischen Regierungen im Hinblick auf den Agrarsektor als wichtigsten Wirtschaftsbereich sehr wohl die Erkenntnis angekommen sein, dass langfristig geplante und kontinuierliche Entwicklungsprogramme im ländlichen Raum aufgrund der hohen **Multiplikatoreffekte** in einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu günstigen Wachstums- und Verteilungseffekten führen. Dies gilt in hohem Maße für solche Programme, die gezielt den Nahrungssektor und nicht nur den Exportsektor fördern und insbesondere den Zugang zu Kapital, Technologie, Institutionen, Märkten und Entscheidungsmacht für Kleinbauern und Ärmere unterstützen. Jedoch scheint es an politischem Willen, staatlicher Regierbarkeit und Durchsetzungsfähigkeit und daher letztlich an Kongruenz zwischen machtpolitischen Zielen der Regierungseliten und Wohlfahrtszielen zu mangeln.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Ausgangsbedingungen für Regierbarkeit und erfolgreiches Nation-Building vieler afrikanischer Staaten erhält die Initiative des New Partnership for Africa's Development (**NEPAD**) daher besonderes internationales

Augenmerk. Sie bezeichnet ein Entwicklungsprogramm von und für Afrika, das jedoch im Rahmen des mit den G 8 – Staaten vereinbarten Africa Action Plan die Unterstützung von NEPAD durch die Geberländer einschließt. Es wurde 2001 im Rahmen des 37. Gipfeltreffen der Organisation of African Unity (OAU) unterzeichnet und beinhaltet zusammenfassend die ambitionierte Absicht der afrikanischen Regierungen, auf der Basis von Demokratie und Good Governance Armutsreduzierung und Entwicklung in Afrika zu erreichen³³. Allerdings mehren sich die skeptischen Stimmen, die wie CHABAL (2002) darauf verweisen, dass trotz politischer Reformen und vermehrter Pressefreiheit seit Ende der 80er Jahre Frieden und Wohlstand in vielen Ländern auf dem Rückmarsch sind und in der Realität die vertikalen Machtstrukturen auf der Basis (traditioneller) Informalität unter Umgehung offizieller Institutionen zunehmen. Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, wer denn die vereinbarten Reformen effektiv voranbringen soll und ob die NEPAD-Initiative den hohen Erwartungen, die sie an die afrikanischen Regierungen stellt, gerecht werden kann, ohne zu einer Neuauflage der alten Entwicklungsmuster auf der Basis externer Entwicklungshilfe zu verkommen (vgl. auch DE WAAL, 2002). Eine optimistischere Einschätzung geben MAXWELL & CHRISTIANSEN (2002), die NEPAD vor allem im Rahmen einer breiter angelegten neuen Partnerschaft zwischen Afrika und seinen Geberländern sehen. Sie verweisen darauf, dass die Übernahme von Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten auf beiden Seiten – einschließlich des jeweils geeigneten Einsatzes verschiedener Instrumente zur Unterstützung der afrikanischen Eigeninitiative durch die internationale Staatengemeinschaft (von Entwicklungshilfe und **Schuldenerlass** bis hin zu militärischem Eingreifen) - für den Entwicklungserfolg in Afrika entscheidend sein werden. In der Tat legt das Protokoll des achten Gipfels der NEPAD-Staatschefs 2003 in Mosambik besonderes Gewicht auf die Mitverantwortung der G 8 – Länder hinsichtlich des langsamen Fortschritts im Schuldenerlass und in den WTO-Verhandlungen zu Agrarsubventionen (NEPAD; 2003).

Parallel zu NEPAD stehen die von der Weltbank initiierten **Poverty Reduction Strategy Papers** (PRSP) als alternative Entwicklungsstrategie zur Debatte, die auf der Basis einer stärkeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft die Legitimation und Implementierung von Strukturanpassungsmaßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Armutsreduzierung erreichen sollen. Sie sind als Teil der Konditionalität von IWF und Weltbank Grundlage sowohl für die Schuldenerleichterung als auch für die Kreditvergabe und betreffen bereits 39 Länder südlich der Sahara (DECKER, 2003). Im Unterschied zur früheren Strukturanpassung ist die Armutsreduzierung im Sinne der Millennium Development Goals ein wichtiger Bezugspunkt der PRSP, deren Erfolgsvoraussetzungen in Form eines lokalen, den Armen nahen institutionellen Wandels jedoch in Frage gestellt werden. Dementsprechend sieht DECKER (2003, S. 489) insbesondere durch die Verknüpfung der PRSP mit den Konditionalitäten zur Kreditvergabe die Gefahr, dass die PRSP zu einer „Technik zur Erlangung von Krediten und Schuldenerleichterungen“ verkommen, ohne die gewollte Partizipation und Legitimation auf breiter gesellschaftlicher Ebene zu erreichen. Aufgrund eigener Beobachtungen zum PRSP-Prozess in Guatemala teilen wir diese Kritik insofern, als dass übertriebener Zeitdruck bei der Erarbeitung der Strategiepapiere auf lokaler Ebene zu einer Überforderung sich erst entwickelnder demokratischer Strukturen und lokaler Institutionen führen kann. Dies ließe den notwendigen „Pro-Poor-Ansatz“ zur Farce

³³ Für eine Selbstdarstellung von NEPAD siehe www.nepad.org.

werden, weil die Gefahr bestünde, dass lediglich das bestehende Regierungs- bzw. Geberprogramm überarbeitet wird, anstatt es grundsätzlich zu überdenken (vgl. auch GEITHNER & NANKANI, 2003, S. 3).

In Zukunft dürfen die Erwartungen bzw. Absichtserklärungen eines schnellen Wandels der politischen und institutionellen Strukturen hin zu Good Governance und Demokratie auf nationaler und lokaler Ebene auf beiden Seiten nicht zu hoch geschraubt werden. Von Seiten der Geberorganisationen mag ein größeres Maß an Geduld die Chancen auf die erfolgreiche Umsetzung partizipativer und/ oder eigener Entwicklungsanstrengungen erhöhen. Auch darf im Eifer der neuen demokratisch-partizipativen Entwicklungsansätze nicht vergessen werden, dass die **Partizipation** faktisch machtloser Kleinbauern und Armer ohne deren wirksame, institutionell verankerte Interessenvertretung trotz augenscheinlicher Fortschritte in bei Demokratisierung und Governance kurz- bis mittelfristig kaum zur Berücksichtigung der bisher vernachlässigten Wachstums- und Verteilungsaspekte zugunsten der ländlichen Bevölkerung und des Agrarsektors führen werden. Die Geberorganisationen bzw. – länder haben aufgrund ihrer fortschreitenden Abkehr vom Agrarsektor in der Entwicklungspolitik und ihres eigenen Agrarprotektionismus eine Mitschuld an der Agrarkrise in Afrika.

5 Literatur

- Adams, D. W. und Fitchett, D.A. 1992:** *Informal finance in low-income countries*. Boulder, Colorado: Westview Press.
- Akiyama, T., Baffes, J., Larson D.F. und Varangis, P. 2003:** *Commodity Market Reform in Africa: Some Recent Experience*. World Bank Policy Research Working Paper No. 2995, Washington, D.C.: World Bank.
- Alston, J.M., Chan-Kang, C., Marra, M.C., Pardey, P.G. und Wyatt, T.G. 2000:** *A meta-analysis of rates of return to agricultural R&D*. Research report No. 113, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Anderson, K., Dimaranan, B., Francois, J., Hertel, T., Hoekman B. und Martin, W. 2001:** *The Cost of Rich and Poor) Country Protection to Developing Countries*. CIES Discussion Paper 0136. Centre for International Economic Studies, University of Adelaide. Im Internet unter: <http://www.adelaide.edu.au/cies/0136.pdf>.
- Badiane, O., Goletti, F., Lapenu, C., Mendoza, M., Minten, B., Ralison, E., Randrianarosa, C., Rich, K. und Zeller, M. 1998:** *Structure and Conduct of Major Agricultural Input and Output Markets and Response to Reforms by Rural Households in Madagascar*. Final Report submitted to Ministry of Agriculture, Government of Madagascar, and USAID, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Bates, R. 1981:** *Markets and states in tropical Africa: the political basis of agricultural policies*, Berkeley: University of California Press.
- Beghin, J.C. und Aksoy, A. 2003:** *Agricultural Trade and the Doha Round: Lessons from Commodity Studies*. Briefing paper 03-BP 42. Center for Agricultural and Rural Development, Iowa State University. Im Internet unter: <http://www.card.iastate.edu/publications/DBS/PDFFiles/03bp42.pdf>
- Berg, A. und Krüger, A. 2003:** Trade, growth, and poverty: A selective survey. *IMF Working Paper* 03(30): 40.
- Bloom, D.E. und Sachs, J.D. 1998:** Geography, Demography and Economic Growth in Africa. *Brookings Papers on Economic Activity* 2.
- BMZ Spezial 94. Positionspapier HIV/ AIDS Bekämpfung.** Im Internet unter: www.bmz.de/spezial/spezial094.
- Bouet, A., Bureau, J-C. Decreux, Y. und Jean, S. 2003:** *Is Northern agricultural liberalization beneficial to developing countries?* Preliminary draft. Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales. Im Internet unter: http://www.ecomod.net/conferences/ecomod2003/ecomod2003_papers/Bouet_Agricultural.pdf.
- Braun, J. von, Teklu, T. und Webb, P. 1998:** *Famine in Africa: Causes, Responses, and Prevention*, Baltimore, Maryland: John Hopkins University Press.
- Braun, J. von, Pandya-Lorch, R., Hopkins J. und Pütz., D. 1994:** Reversing the decline of aid to agriculture. *Food Policy Report*, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Bruce, J.W. und Migot-Adholla, S.E. (Hrsg.) 1994:** *Searching for land tenure security in Africa*, Dubuque, Iowa: Kendall/ Hunt Publishing Company.
- Burnside, C. und Dollar, D. 2000:** Aid, policies, and growth. *American Economic Review*. 90(4): 847-68.

- Byerlee, D. und Alex, G. 2003:** Designing investments in agricultural research for enhanced poverty impact. *Agriculture and Rural Development Working Paper No. 6*, Washington, D.C.: The World Bank.
- Byerlee, D. und Eicher, C.K. (Hrsg.) 1997:** *Africa's emerging maize revolution*, Colorado Lynne: Rienner.
- Chabal, P. 2002:** The quest for good government and development in Africa: is NEPAD the answer? *International Affairs*, **78 (3)**: 447-62.
- Chabal, P. 1994:** *Power in Africa: an essay in political interpretation*, London: Macmillan.
- Decker, K. 2003:** Poverty reduction strategy papers: ein taugliches Instrument der politischen Konditionalität? *Nord-Süd-aktuell* **17(3)**: 487-492.
- Delgado, C.L. 1997:** *Africa's changing agricultural development strategies*. 2020 Vision Brief 42, March 1997. Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- De Waal, A. 2002:** What's new in the 'New Partnership for Africa's Development'? *International Affairs* **78(3)**: 463-75.
- Djurfeldt, G. 2003:** *African Food Crises: The relevance of Asian models*. Progress report, June 2003. University of Lund, Sweden. Im Internet unter: <http://www.soc.lu.se/afrint/prorep01.pdf>.
- Dollar, D. und Svensson, J. 1998:** *What explains the failure or success of structural adjustment programs?* Draft, Macroeconomics and Growth Group, Washington, D.C.: The World Bank.
- DÜL, 2002:** Relative Entspannung in vielen "alten" Krisengebieten, doch Hungersnot droht im südlichen Afrika. *Nord-Süd aktuell* **16(2)**: 169-71. Im Internet unter: <http://www.duei.de/nsa/02-2/uebersichten.php>.
- Easterly, W. 2003:** Can foreign aid buy growth? *Journal of Economic Perspectives* **17(3)**: 23-48.
- Economist 2002:** *Aid effectiveness- Help in the right places*. March 16: 73-74.
- Evenson, R.E. und Gollen, D. (Hrsg.) 2002:** *Crop variety improvement and its effects on productivity: The impact of international agricultural research*. Wallingford: CABI.
- Fafchamps, M. und Minten, B. 1999:** *Returns to Social Capital Among Agricultural Traders: Evidence from Madagascar*, MSSD Discussion Paper 23, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- FAO erscheint in 2004:** *Term financing in agriculture: A review of relevant experiences*. Volume I: main report. Rom: FAO.
- FAO 2003a:** *World agriculture – towards 2015/2030*. Rom: FAO.
- FAO 2003b:** *The state of food insecurity in the world 2003*. Rom: FAO.
- FAO 2003c:** *The state of the world's forests 2003*. Rom: FAO.
- FAO 2002:** *Organic agriculture, environment and food security*. Rom: FAO.
- FAO 2000:** *Global Forest Resources Assessment 2000 - Main report*. FAO Forestry Papers No. 140. Rom: FAO. Im Internet unter: <http://www.fao.org/DOCREP/004/Y1997E/Y1997E00.HTM>.
- FAO 1999:** *Investment in agriculture for food security: Situation and resource requirements to reach the world food summit objectives*. Committee on World Food Security Rome 31 May – 3 June 1999. Rom: FAO. Im Internet unter: <http://www.fao.org/tc/tci/CFS99in7.pdf>.
- FAO/ GIEWS 2003:** *Food supply situation and crop prospects in Sub-Saharan Africa*. Africa Report No. 3. December 2003. Im Internet unter: <http://www.fao.org/giews/english/eaf/eaftoc.htm>.

- FAO-Stat 2003:** Im Internet unter: <http://apps.fao.org/lim500/nph-wrap.pl?CBD.CropsAndProducts&Domain=CBD>.
- FAO/UNAIDS 1999:** *Sustainable agriculture/rural development and vulnerability to the AIDS epidemic*. Rom: FAO.
- Feder, G., Just, R.E. und Zilberman, D. 1985:** Adoption of agricultural innovations in developing countries: A survey. *Economic Development and Cultural Change* **33**: 255–294.
- Fischer, G., Velthuizen, H. van, Shah, M. und Nachtergaele, F. 2002:** *Global Agro-ecological Assessment for Agriculture in the 21st Century: Methodology and Results*, Laxenburg-Österreich: IIASA und Rom: FAO.
- Gabre-Madhin, E. Z. und Haggblade, S. 2001:** *Successes in African agriculture: Results of an expert survey*, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Geithner, T.F. und Nankani, G. 2003:** *Poverty Reduction Strategy Papers – Progress in Implementation*. IMF und IDA.
- Grier, K.B. und Tullock, G. 1989:** An empirical analysis of cross-national economic growth, 1951–1980. *Journal of Monetary Economics* **24(2)**: 259-76.
- Haddad, L. und Zeller, M. 1997:** Can social security programs do more with less? General issues with challenges for Southern Africa. In: **Haddad, L.** (Hrsg.): *Achieving Food Security in Southern Africa: New Challenges, New Opportunities*, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute: 249-278.
- Harrigan, J. 2003:** U-turns and full circles: two decades of agricultural reform in Malawi 1981-2000. *World Development* **31(5)**: 847-863.
- Hayami, Y. und Ruttan, V.W. 1985:** *Agricultural development: An international perspective*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Hazell, P. und Haddad, L. 2001:** *Agricultural research and poverty reduction*. Food, Agriculture, and Environment Discussion Paper No. 34, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Hemrich, G. 1997:** *HIV/ AIDS as a cross-sectoral issue for technical cooperation*. GTZ/HIV AIDS Prevention and Control in Developing Countries Paper No. 1, Eschborn: GTZ.
- IFAD 2002:** *IFAD's Strategy for Rural Poverty Reduction in Eastern and Southern Africa*. IFAD Regional Strategies for Rural Poverty Reduction. Im Internet unter: <http://www.ifad.org/operations/regional/2002/pf/pf.htm>.
- Irz, X., Lin, L., Thirtle, C. und Wiggins, S. 2001:** Agricultural productivity growth and poverty alleviation. *Development Policy Review* **19**: 449-466.
- Izumi, K. 1998:** *Economic liberalization and land question in Tanzania*, Roskilde: Roskilde University, International Development Studies.
- Jayne, T.S., Negassa, A. und Myers, R.J. 1998:** *The effect of liberalization on grain prices and marketing margins in Ethiopia*. MSU International Development Working Papers No. 68, East Lansing, Michigan: Michigan State University (MSU).
- Johnston, B. und Mellor, J. 1961:** The role of agriculture in economic development. *American Economic Review* **51**: 571-581.
- Kern, M. 2000:** Partnerschaften in der öffentlichen und privaten Agrarforschung. *Entwicklung und Ländlicher Raum* **6**: 8-12.

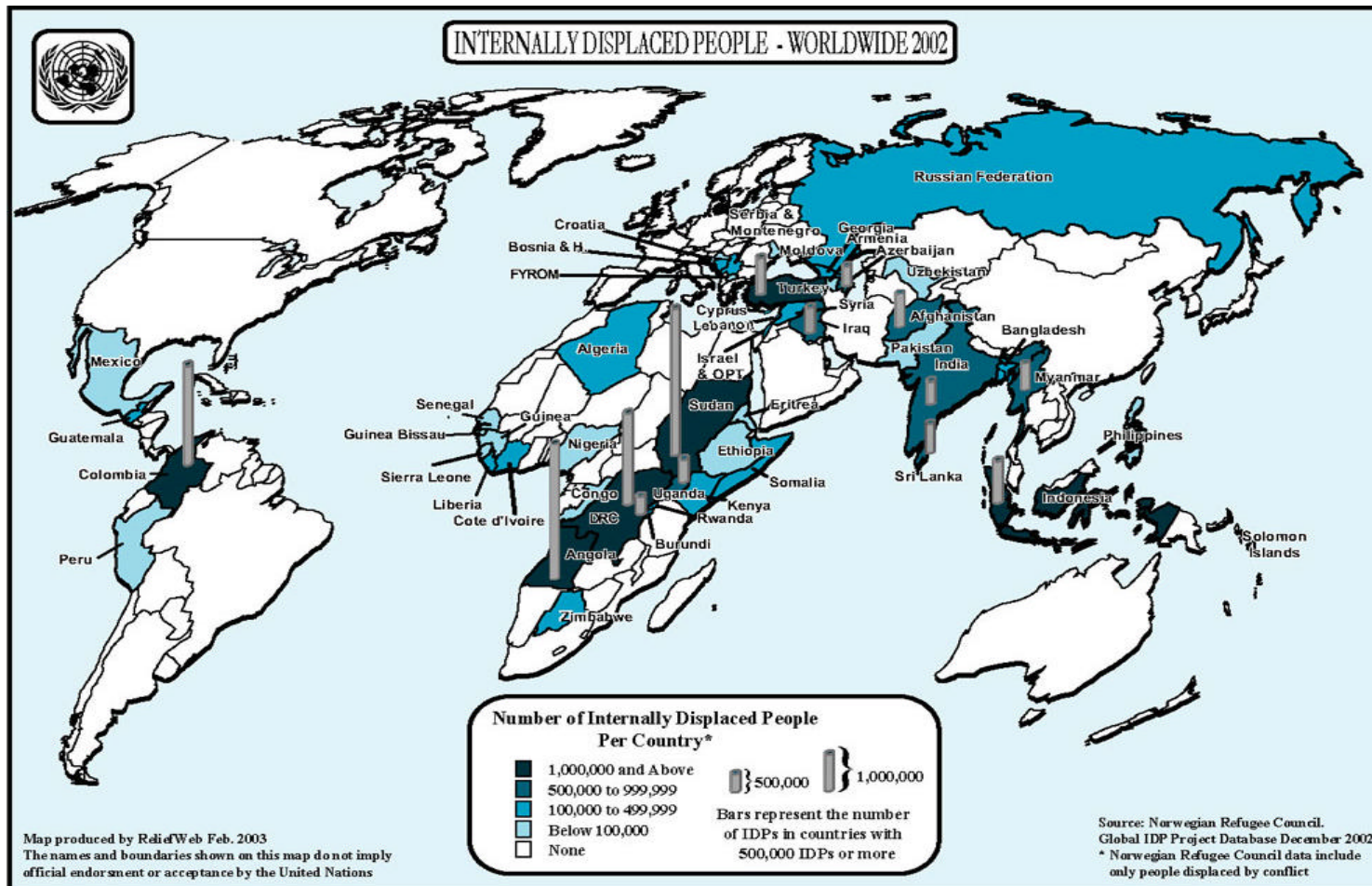
- Kherallah, M., Delgado, C., Gebre-Medhin, E., Minot, N. und Johnson, M. 2000:** The road half travelled: Agricultural market reform in Sub-Saharan Africa. *Food Policy Report*, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Kirk, M. 1999:** *Land tenure, technological change and resource use: transformation processes in African agrarian systems*, Frankfurt am Main: Lang.
- Knack, S. und Keefer, P. 1997:** Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation. *The Quarterly Journal of Economics* **112(4)**: 1251-88.
- Köster, U. 1986:** *Regional cooperation to improve food security in Southern and Eastern African Countries*, Research Report, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Kulesa, M.E. und Oschinski, M. 2003:** *Handel(sliberalisierung): Ein Motor zur Armutsbekämpfung? Eine Zusammenfassung empirischer Studien und kontroverser Diskussionen im Vorfeld der 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún. Entwurf. Im Internet unter: <http://www.globales-lernen.de/MatProjekte/material/welthand/handelundarmut.pdf>.*
- Lele, U 1989:** *Structural adjustment: Agricultural development and the poor. Lessons from the Malawian Experience*. MADIA Discussion Paper No. 9, Washington, D.C.: The World Bank.
- Lipton, M. 1977:** *Why poor people stay poor: urban bias in world development*, Canberra: Australian National University Press.
- Mavrotas, G. und Outtara, B. 2003:** *The Composition of Aid and the Fiscal Sector in an Aid-Recipient Economy: A Model*. Discussion Paper No. 2003/ 11. Helsinki: UNU World Institute for Development Economics Research.
- Maxwell, S. und Christiansen, K. 2002:** 'Negotiation as simultaneous equation': building a new partnership with Africa. *International affairs* **78(3)**: 477-91.
- Minot, N., Kherallah, M. und Berry, P. 2000:** *Fertilizer market reform and the determinants of fertilizer demand in Benin and Malawi*. Markets and Structural Studies Division, Discussion Paper No. 40, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Minten, B., Randrianarisoa, C., Zeller, M. und Badiane, O. 1998:** *Accessibilité au marché des produits agricoles et prix aux producteurs dans les villages ruraux à Madagascar*. Arbeitspapier Nr 5. IFPRI/ FOFIFA, Ministry of Research, FOFIFA, Madagascar.
- Minten, B. und Zeller, M. (Hrsg.) 2000:** *Beyond market liberalization: Income generation, welfare and environmental sustainability in Madagascar*, Aldershot: Ashgate Publishing Company.
- Mosley, P. 1999:** Micro-Macro Linkages in financial markets: The impact of financial liberalization on access to credit in four African countries. *World Development* **12**: 465-70.
- OECD 2003:** *Producer and Consumer Support Estimates OECD Database 1986-2002 – User's Guide*, Complement to the report Agricultural Policies in OECD countries: Monitoring and Evaluation 2003, Paris: OECD.
- OECD 2001:** *A forward-looking analysis of export subsidies in agriculture*, Paris: OECD.
- Pardey, P.G. und Beintema, N.M. 2001:** *Slow Magic – Agricultural R&D a Century after Mendel*. Agricultural Science and Technology Initiative, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Pingali, P.L. und Binswanger, H. 1988:** *Population density and farming systems. The changing locus of innovation and technical change*. Oxford: Population, Food and Rural Development.
- Place, F. und Hazell, P. 1994:** Land tenure security and agricultural performance in Africa: Overview of research methodology. In: **Bruce, J.W. und Migot-Adholla, S.E.** (Hrsg.): *Searching for Security of Land Tenure in Africa*, Dubuque, Iowa: Kendall/ Hunt Publishing Company.

- Place, F. und Hazell, P. 1993:** Productivity effects of indigenous land tenure in Sub-saharan Africa. *American Journal of Agricultural Economics* **75(1)**: 10-19.
- Platteau, J.P. 1995:** The food crises in Africa. In: **Sen, A., Dreze, A. and Hossain, M.:** *The political economy of hunger*, Oxford: Clarendon Press.
- Quisumbing, A.R. und Otsuka, K. 2001:** *Land, trees, and women: Evolution of land tenure institutions in Western Ghana and Sumatra*. Research Report No. 121, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Reardon, T. und Shaikh, A. 1995:** *Links between environment and agriculture in Africa*. Policy Brief #2. September 1995. U.S. Agency for International Development und World Resources Institute.
- Sahn, D.E., Dorosh, P.A. und Younger, S.D. 1997:** *Structural adjustment reconsidered--Economic policy and poverty in Africa*. Cambridge: Cambridge University Press.
- SAPRIN (Structural Adjustment Participatory Review International Network) 2002:** *The policy roots of economic crises and poverty. A multi-country participatory assessment of structural adjustment*. April 2002.
- Smale, M. 1995:** Maize is life: Malawi's delayed green revolution. *World Development* **23(5)**: 819-831.
- Steele, W.F., Aryeetey, E., Hettige, H. und Nissanke, M. 1997:** Informal financial markets under liberalization in four African countries. *World Development* **25(5)**: 817-830.
- Stiglitz, J. 2002.** *Globalization and its discontents*. Norton and Company.
- Tetzlaff, R. 2003:** Good governance und neopatrimonialismus in Afrika südlich der Sahara – ein Widerspruch? *Nord-Süd-Aktuell* **17(3)**: 478-486.
- The Global IDP Project 2003:** *Worldwide, Internally Displaced People, Reliefweb*. IDP Maps. Im Internet unter: <http://www.idproject.org/maps/maps.htm>.
- Thiele, R. 2003:** The bias against agriculture in Sub-Saharan Africa: Has it survived 20 years of structural adjustment programs? *Quarterly Journal of International Agriculture* **42(1)**: 5-20.
- Thirtle, C., Lin, L. und Piesse, J. 2003:** The impact of research-led agricultural productivity growth on poverty reduction in Africa, Asia and Latin America. *World Development* **31(12)**: 1959-75.
- Timmer, C.P. 1986:** *Getting Prices Right: The Scope and Limits of Agricultural Price Policy*, Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Timmer, C.P. 1997:** *How well do the poor connect to the growth process?* Consulting Assistance on Economic Reform Discussion Paper No. 178, Cambridge, Massachusetts: Harvard Institute for International Development.
- UNAIDS/ WHO 2002:** *Aids epidemic update*. UNAIDS/ WHO. Im Internet unter: <http://www.unaids.org/Unaid/EN/Resources/Publications/>.
- UNCTAD 2003:** *Trade and Development Report 2003*. New York und Genf: United Nations.
- UNDP 2003a:** *Human Development Report 2003. Millenium Development Goals: A compact among nations to end human poverty*. UNDP. New York: Oxford University Press.
- UNDP 2003b:** *Annual Report 2003. A world of development experience*. UNDP. Im Internet unter: <http://www.undp.org/annualreports>.
- UNEP 2003:** *Africa Environment Outlook. Past, present and future perspectives*. UNEP. Im Internet unter: <http://www.unep.org/aeo/>.
- Urff, W. von 1982:** Die Rolle der Landwirtschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung. In: **Blanckenburg, P. v.** (Hrsg.): *Sozialökonomie der ländlichen Entwicklung*, Bd 1. Stuttgart.

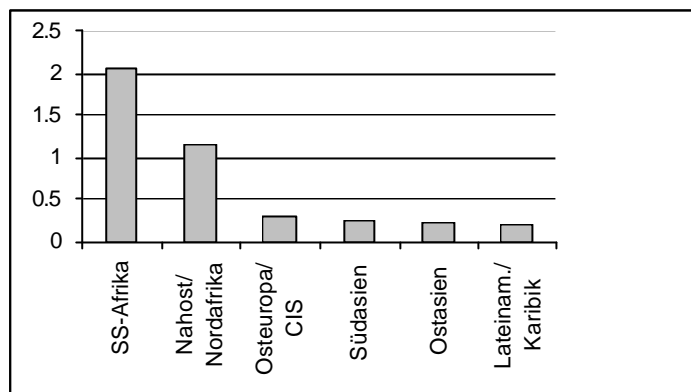
- VENRO 2003:** *Handel – Ein Motor für die Armutsbekämpfung? Entwicklungspolitische Perspektiven zur Doha-Runde der WTO.* VENRO-Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“. (Die Studie basiert zu großen Teilen auf Kulesa & Ochsinski, 2003). Im Internet unter: <http://www.2015.venro.org/publikationen/dokumente/handel/handel.pdf>
- Verwer, S. 2001:** *Pulverising Powder – The impact of incoherent European Policies on dairy farmers in Tanzania and Jamaica.* Occasional Paper 101. CIDIN (Center for International Development Issues)/ Development Studies, University of Nijmegen.
- Weischet, W. 1980:** *Die ökologische Benachteiligung der Tropen,* Stuttgart: Teubner.
- WFP 2003:** *How many will go hungry on world food day?* News Release 16 October 2003. Rom: WFP. Im Internet unter: <http://www.wfp.org/index.asp?section=2>.
- World Bank 2000:** *Can Africa Claim the 21st Century?* Washington, D.C.: World Bank.
- Zeller, M. 1998:** Determinants of repayment performance in credit groups in Madagascar: The role of program design, intra-group risk pooling and social cohesion. *Economic Development and Cultural Change* **46(1)**: 599-620.
- Zeller, M., Diagne, A. und Mataya, C. 1998:** Market access by smallholder farmers in Malawi: Implications for technology adoption, agricultural productivity and crop income. *Agricultural Economics* **19**: 219-229.
- Zeller, M., Lapenu, C., Minten, B., Ralison, E., Randrianaivo, D. und Randrianarisoa, C. 1999:** Pathways of rural development in Madagascar: An empirical investigation of the critical triangle between environmental sustainability, economic growth and poverty alleviation. *Quarterly Journal of International Agriculture* **28(2)**: 105-128.
- Zeller, M. 2001:** On the safety net role of micro-finance for income and consumption smoothing. In: **Lustig, N.** (Hrsg.): *Shielding the poor: Social protection in developing countries.* Washington, D.C. The Brookings Institution and Interamerican Development Bank: 217-237. .
- Zeller, M. 2003:** *Models of rural finance institutions.* Invited lead paper presented at an international conference on Paving the Road Forward for Rural Finance, June 24, 2003 in Washington, D.C., organized by the U.S. Agency for International Development (USAID), University of Madison-Wisconsin und World Council of Credit Unions (WOCCU).

6 Anhang

Anhang 1: Interne Vertreibung weltweit in Zahlen (Quelle: THE GLOBAL IDP PROJECT, 2003)



Anhang 2: Opfer von Bürgerkriegen und anderen Konflikten 1990-99 in Mio)



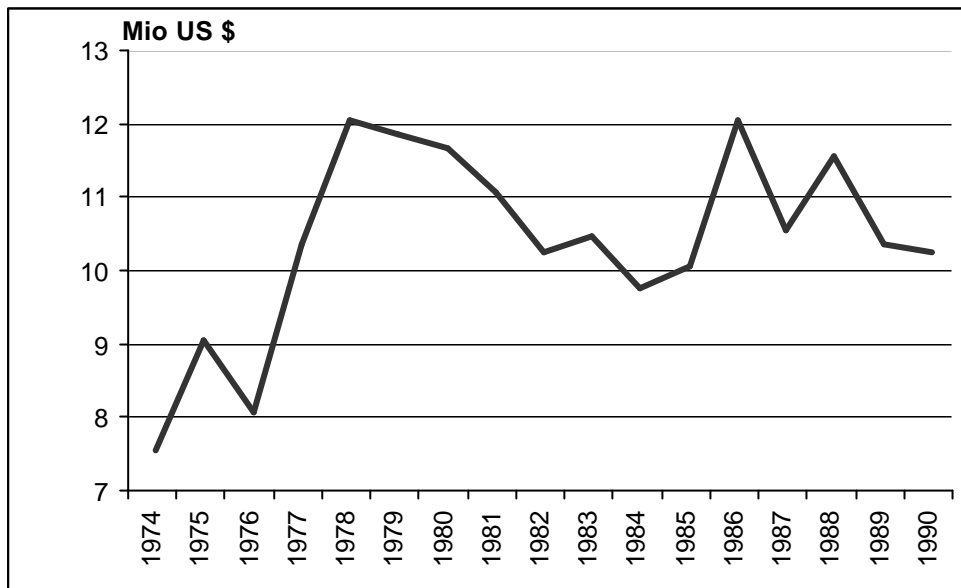
Quelle: UNDP (2003B, S. 13)

Anhang 3: Ausgewählte Erfolge in der afrikanischen Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten

Region	Zeit	Intervention	Akteure	Erfolgsergebnis
a) Erfolge in bestimmten Kulturen oder Tierarten, Bsp. Cassava				
Afrika allgemein	1970er-80er	Biol. Kontrolle des Mealybugs	IITA, CIAT, IICB, NARs, Geber	2,2 Mrd US \$ in Produktion gespart, K/N-Verh. von 149
Afrika allgemein	Seit 1960ern	Cassava-Züchtung	IITA, NARs	Jährl. 5% Produktionswachstum in Hauptanbauländern
a) Erfolge in bestimmten Kulturen oder Tierarten, Bsp. Rinderhaltung				
Afrika allgemein	Seit 1986	Rinderpestimpfung	IBAR, NARs, Geber, nat. Veterinärdienste	50 Mio US \$ Produktionsgewinn in untersuchten Ländern, K/N-Verh. von 1,8
b) Erfolge in bestimmten Aktivitäten, Bsp. Kleinbäuerliche Milchproduktion				
Kenia	Seit 1950	Züchtung, Veterinärdienste, Vermarktung, Beratung, red. Preis -kontrolle,	Kenya Cooperative Creamery, Kenya Dairy Board, Geber, Regierg.	> 600000 Kleinbauern liefern heute 80% von Kenias Milch Erfolg zur Verringerung der Einkommensungleichheit)
b) Erfolge in bestimmten Aktivitäten, Bsp. Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit				
Afrika allgemein	Seit 1980ern	Grünbrache mit Leguminosen u. Rohphosphat	ICRAF, NARs, NGOs	Ertragssteigerungen um 100-300% standortangepasste Technologien, Zusammenarbeit zw. Bauern u. Forschern)
c) Erfolge in der Institutionenentwicklung				
Afrika allgemein	Seit 1970ern	Bauernorganisationen, Collective Action im Aufbau von Infrastruktur, Allmende-Management, Politische Beteiligung	Bauerngruppen, NGOs, Geber	Lobby der Baumwollbauern für Politikreform in Mali, Wasserzugang auf 2000 ha durch Steindämme in Burkina

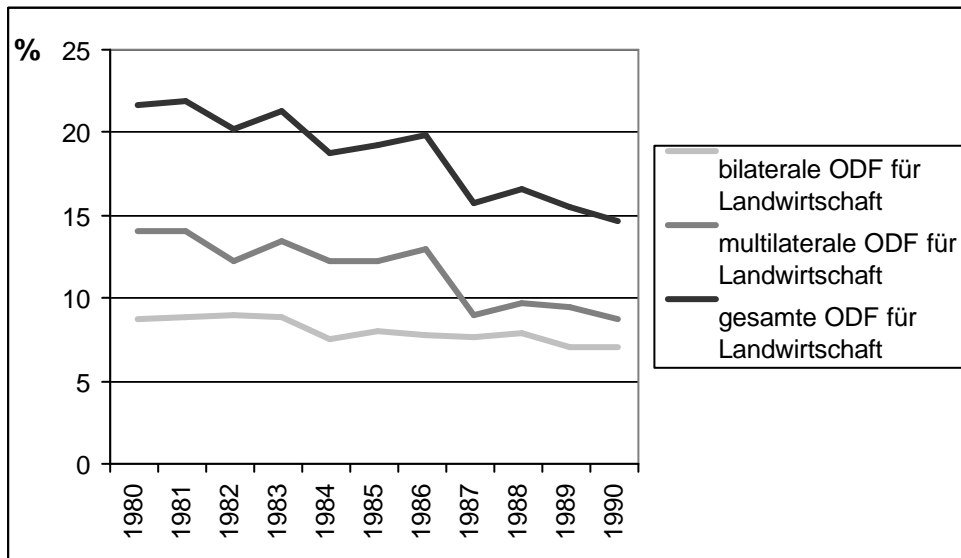
Quelle: verändert nach GABRE-MADHIN & HAGGBLADE (2001, S. 32-34)

Anhang 4: Gesamte Entwicklungshilfe total official development finance (ODF) für Landwirtschaft 1974-1990 (in Mio US \$ auf der Basis von 1985)



Quelle: verändert nach V. BRAUN ET AL (1994)

Anhang 5: Anteil der für die Landwirtschaft bestimmten Entwicklungshilfe (Official Development Finance, ODF) bilateraler und multilateraler Geberinstitutionen an der gesamten ODF 1980-1990



Quelle: verändert nach V. BRAUN ET AL (1994)